

# Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 42. Jahrgang

AZB 3001 Bern / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 9 2007

## Patriotismus gewinnt!

**Démocrate**  **Suisse**  
Pages 13–15  
 **Sonderausgabe**  
**Wahlen 2007**  
55 000 Exemplare

### Warum es die Schweizer Demokraten (SD) braucht



*Roland Schöni,  
SD-Zentral-  
sekretär und  
Nationalrats-  
kandidat  
Kanton Bern,  
SD-Liste 17*

Die SD – entstanden letztlich aus der Nationalen Aktion für Volk und Heimat und Republikanern. Unsere Parteifunktionäre haben Patriotismus, Rechtsstaatlichkeit und soziale Solidarität «**im Gegensatz** zu anderen Parteien wie z.B. der SP, CVP, FDP, Grünen und der stark wirtschaftslastigen und liberalen SVP-Flanke» von Anfang an **nicht nur punktuell** verstanden, **sondern ganzheitlich und zeitgemäss**. Anders als die anderen Parteien, sind die Schweizer Demokraten die Partei der «kleinen

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern

Leute» schlechthin, und nicht eine Partei von vorab gut verdienenden linken Mittelständlern (Cüpli-Sozis, Kaviar-Linken) und von Befehlsempfängern grosser Organisationen (Gewerkschaften). Anders als die Bundesratsparteien sind die SD nicht eine Partei, in der mehrheitlich Unternehmer, Milliardäre, Bankiers, Grossbauern und Verbandsbonzen letztlich «nach volkstümlichen Sprüchen» den

Ton angeben. Auch die SVP gehört nicht nur zur classe politique (Polit-Filz), sondern vertritt auch die classe posédante (vermögende Schicht und Hochfinanz). Sowohl SP wie SVP profitieren von diesem Feudalsystem des einstigen Wohlfahrtsstaates, der zu einem Pfründen- und Privilegienstaat für ganz bestimmte organisierte Gruppen und ihre Lobbys verkommen ist. Die SD dagegen kämpfen für Korrektur und Reform dieses Systems und damit für die Wiederherstellung der ursprünglichen Wohlfahrtsgemeinschaft der Eidgenossen. **Was aber ist Wohlfahrtsgemeinschaft?** Wie jede menschliche Gemeinschaft beruht die Eidgenossenschaft auf jahrtausendealten Werten wie Freiheit, Heimatliebe, Rechtsordnung und Solidarität. **Eben** «konservative», jedoch zeitlos gültige Werte vertreten wir Schweizer Demokraten (...auch nach den Wahlen).

#### Zur Freiheit

**Freiheit** wird in der Regel verstanden als die individuelle Möglichkeit, ohne Zwang zwischen verschiedenen Handlungsmöglichkeiten auszuwählen und entscheiden zu können. Freiheit ist aber nicht nur als Wahlfreiheit zwischen bereits vorhandenen Alternativen zu verstehen, sondern auch als die Fähigkeit, **eine Nichtwahl zu treffen bzw. spontan etwas vollkommen Neues zu erschaffen**. Der Begriff benennt allgemein einen Zustand der Autonomie eines handelnden Subjekts. Wir Eidgenossen verdanken unsere Unabhängigkeit unter anderem **Werner Stauffacher, Walter Fürst und Arnold von Melchtal**, die mit vielen anderen Freiheitswilligen im Kalenderjahr 1291 auf der Rütliwiese zum Wohle der Eidgenossen dem damaligen Kaiser und **den Feudalherren den Kampf angesagt hatten**. Heute be-



zeichnet man die «**modernen Vögte**» als raffgierige, staatlich konzessionierte Abzocker, die in vielen Verwaltungen, Polit- und Wirtschafts-Teppichetagen sitzen. Wir, die Schweizer Demokraten wehren uns gegen das «schlechte Moderne» und verteidigen mit dem Willen der Urväter mit allen demokratischen Mitteln unsere Werte. **Nämlich:** Die eidgenössische Bevölkerung und unser Land in Freiheit, in Unabhängigkeit und Frieden, in Anstand und Neutralität zu bewahren. Werden wir jedoch von fremden Staaten und Kulturen allzu stark eingeengt oder beein-

Fortsetzung Seite 2

### Inhalt

- 3 Leben und Umwelt
- 6 Eine Zukunft für die Landwirtschaft
- 7 Es tobt der Ethno-Krieg
- 8 Multikulturell = Multikriminell
- 8 Veranstaltungshinweise
- 9 Territorium und Pluralismus
- 10 Freier Personenverkehr führt zu Lohndumping
- 11 Rückblick 1.-August-Feier

## Patriotismus gewinnt!

Fortsetzung von Seite 1

flusst, kommt der Tag, wo es bei uns zu Ausschreitungen kommen wird, wie dies in den vergangenen Monaten in Paris, in Berlin, in Holland und Australien geschehen ist. Die Anfänge solcher Ausschreitungen sind daran zu erkennen, dass Jugendgewalt, Gewaltkriminalität und Betrug (wie dies bei der IV- und bei der Sozialversicherung festzustellen ist) zunehmen. Freiheit bedeutet, diese Missstände beim Namen zu nennen, diese an der Wurzel zu packen und zu korrigieren, zu sagen, dass es genug ist mit der Misswirtschaft mit unserer (selbst...) hochgelobten Politik. Darum ist es unsere Freiheit, diese Parlamentarierinnen / Parlamentarier an der Urne am 21. Oktober 2007 abzuwählen, bevor diese noch mehr Schaden für unser Volk und unser Land anrichten können. **Meine persönliche Freiheit ist es;** einzig die Liste der Schweizer Demokraten (SD) am Abstimmungstag in die Urne zu legen ohne die anderen Listen zu beachten – **«weil deren Versprechen nach erfolgter Wahl die Tinte ihrer Prospekte nicht Wert sind.»**

## Zur Heimatliebe

Sie äussert sich in der Liebe zu Volk und Heimat und führt deshalb zum Wehrwillen und zur Wehrbereitschaft sowie zur Wahrung von Unabhängigkeit und Freiheit. Darum ist die SD-Parteileitung kritisch bis ablehnend gegenüber allen nationalen und vor allem internationalen Gross-Organismen und Gross-Strukturen (EU / NATO), die letztlich Volk, Wehrwillen, Unabhängigkeit und Freiheit schädigen und damit die Heimat **in Frage stellen.**

## Zur Rechtsordnung

Jede menschliche Gemeinschaft – von Familie und Ehe bis zum Verband und zum Staat – benötigt eine Rechtsordnung. Diese soll sich zwar an übermenschlichen («religiösen») Werten orientieren, jedoch Würde, Rechte und legitime Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger sichern. Einheimische Menschen «und nicht Fremde (z.B. NGOs) oder gar fremde Richter» sollen diese Rechtsordnung für das Volk gestalten. **Nur so kann Recht gegen Unrecht eingesetzt werden.**

## Zur Solidarität

Jede menschliche Gesellschaft benötigt soziale Solidarität unter Menschen und Gruppen. Die SD setzen sich deshalb für die wirklich schwachen Einzelnen und die wirklich benachteiligten Gruppen

ein und bekämpfen deshalb Pfründe und Privilegien jeglicher Art, die sich Einzelne oder Gruppen im Namen angeblicher «Solidarität» erschlichen haben. Das gilt für in- und ausländische Sozialparasiten, für Schein invalide und **für Abzocker auf Polit- und Wirtschaftsetagen** (economiesuisse).

**Vier Erscheinungen fallen besonders auf:** die Spätfolgen der 1968er-Bewegung, die globale Amerikanisierung, die Übervölkerung und ein merkwürdiger, weltweiter «Ruck nach rechts». Sie alle bestätigen langjährige Beobachtungen und **die Auffassung der Schweizer Demokraten.**

## Zur 68er-Bewegung

Sie hat der westlichen Welt (auch der Schweiz) eine krankhafte Staatsgläubigkeit gebracht. Die Abwertung von Familie und Ehe (Scheidungs-Höchstwerte, gleichgeschlechtliche Partnerschaften) beruht auf den Ideologien einer grotesken «antiautoritären Erziehung» (schon dieser Begriff ist jämmerlich «Erziehung beruht ja immer auf Autorität»). Hinzu kommt ein naturwidriger «Pseudo-Feminismus» (Rütliwiese nur noch für Chifelweiber?), ein debiler Jugendkult (verbunden mit Altersverachtung und hemmungslosem Wegwerfkonsum), die im-

mer wieder versuchte Zerstörung des Wehrwillens (Armeereform XXI+), Versuche zum Erstellen eines linken Polizeistaates («siehe ARG» 261bis des Strafgesetzbuches und 171c des Militärstrafgesetzes) und eine an **«Kadavergehorsam»** anmutende USA-lastige Kultur- und **Kapitalpornografie.**

## Zur Amerikanisierung

Was uns als «Globalisierung» gerühmt wird, ist im Grunde nichts anderes als Amerikanisierung. **Die in allen Medien hoch gelobten** Vereinigten Staaten von Amerika (USA) als Vorbild? Eine Grossmacht, die nachweislich den grössten Landraub der Weltgeschichte, den grössten Völkermord an den Ureinwohnern (Indianer), die scheusslichste Sklavenwirtschaft (afrikanischer, asiatischer und südamerikanischer Völker) vollzogen hat, dieser Feudalherrschaft des einundzwanzigsten Jahrhunderts sollen wir im Gleichschritt folgen? Kommt nicht in Frage, sagen wir Schweizer Demokraten und verteidigen unsere einzigartige schweizerische Verfassung. Zu allem Übel wird uns heute zusätzlich noch ein «moderner Kapitalismus» und «Neoliberalismus», eine Mega-Perversion der Marktwirtschaft aufgeschwatzt. Ein gottloses und menschenver-

achtendes Wirtschaftssystem (ohne eigenes Kapital) das die Erde, die Meere und die Luft übermässig belastet und Milliarden Menschen und andere Lebewesen in Not und Hunger zwingt. Die Schweizer Demokraten (SD) haben diese Formen von Kapitalpornografie stets bekämpft und werden es auch weiterhin tun.

## Ruck nach rechts

Weltweit ist zum Glück ein Ruck nach rechts festzustellen, eine Hinwendung zu «konservativen» Werten, zur Religion, zum Volksbrauchtums-Bewusstsein, zum Widerstand und zu deftigem Anti-Amerikanismus ist eindeutig. Und ausgerechnet in der EU – und in der Schweiz werden junge Menschen immer weltbewusster, immer nationaler, immer feindlicher gegenüber einer künstlich importierten «Multi-Kulti-Mentalität» und imperialistischen Kriegsgebaren. **Abgekürzt:** Es sind junge und ältere Menschen, die Positionen wiederentdecken, welche wir Schweizer Demokraten (SD) immer vertreten haben. Es sind **«Menschen, die ihre Heimat gerne haben»** und sich für Volk und Vaterland einsetzen wollen. Wer diese Werte schätzt, stärkt die Schweizer Demokraten in deren Standhaftigkeit.

## Wankelmütige SVP

Die Kehrtwende der SVP hat System. Schon 1995 war die SVP unter der Führung von Christoph Blocher für die Abschaffung der Lex Koller. Damals verhinderte aber das erfolgreiche SD-Referendum die Freigabe der Grundstücks- und Wohnhausverkäufe an Ausländer.

Auch jetzt war die SVP logischerweise wieder für die Abschaffung dieses Gesetzes, das die Verbetonierung unserer Alpen verhindert. Diejenigen Kräfte in dieser Partei, welche mit allem und jedem Geld machen wollen, obsiegten. Nun haben aber die SVP-Populisten plötzlich gemerkt, dass dies ihnen schaden könnte, und reden davon, dass man dieses Gesetz nicht abschaffen dürfe. Man wolle einen Gegenvorschlag ausarbeiten. Der Druck der SD auf diese Partei scheint also sehr gross zu sein.

Das Verhalten der SVP hat System: Schon vor einigen Jahren, als die Schweizer Demokraten das Referendum gegen die Blauhelmvorlage lancierten, war die SVP dafür

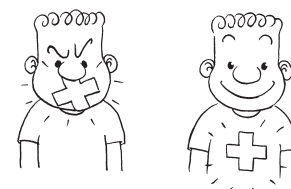


Werner Kessler

Nach beendeter Unterschriftensammlung änderten sie ihre Meinung. Solche Vorfälle gibt es in der Geschichte der SVP noch und noch. Deshalb bin ich Mitglied bei den gradlinigen Schweizer Demokraten und nicht bei der wankelmütigen SVP. Und ich werde das SD-Referendum gegen die Abschaffung der Lex Koller an vorderster Stelle mit aller Kraft mittragen.

Es zeigt sich einmal mehr die Zerrissenheit der SVP. Einerseits gibt es den national-konservativen Block und andererseits den kapitalistisch-liberalen Block in dieser Partei. Und bei diesem Thema geraten sich die beiden Ideologien, welche die SVP unter einem Dach zu vereinen versucht, einmal mehr in die Quere.

Werner Kessler,  
Gemeinderat Uster,  
SD-Nationalratskandidat Zürich



## SD-Freunde gewinnen!

Liebe Leserinnen und Leser

Sicher lesen Sie in Ihrer Tageszeitung auch die Leserbriefseiten. Oft findet man dabei Zuschriften, die ganz in unserem Sinne sind. Solche Leserbriefschreiber wären eventuell auch an unserer Partei interessiert. Wir bitten Sie deshalb, uns jeweils den Namen und Ort des Schreibers sowie kurz den Inhalt des Leserbriefs mitzuteilen. Oder einfacher, schneiden Sie den Leserbrief aus und schicken ihn (mit dem Namen der Zeitung) an: **Schweizer Demokraten, Zentralsekretariat, Postfach 8116, 3001 Bern**

Besten Dank für Ihre  
Mitarbeit, die Redaktion





## Stoppt die EU-Tiertransporte!

Mehrere Schweizer Tierschutzorganisationen wollen verhindern, dass die Schweiz zum Transitland für EU-Tiertransporte wird. Damit der Bundesrat dem Drängen der EU nicht nachgibt, startete am 22. Juni eine Ständesinitiative. In der EU werden jährlich über 3 Millionen Rinder, über 10 Millionen Schweine und über 3,5 Millionen Schafe sowie 150 000 Pferde transportiert. Ziel ist häufig Süditalien mit seinen grossen EU-Schlachthäusern.

Transportverstösse bei Langstreckentransporten in der EU sind die Normalität. Hierzu gehören vor allem Transportzeitüberschreitung, zu hohe Ladedichte, nicht eingehaltene Tränke- und Fütterungsintervalle, fehlende Trennwände, unvollständige und falsche Begleitpapiere sowie ungeeignete Fahrzeuge und Tränkesysteme. Häufig befinden sich auf den Transportern verletzte, kranke und tragende Tiere, die nicht transportiert werden dürften. Erreichen die Langstreckentiertransporte die Schweizer Grenze, haben die Tiere bereits eine lange Transportzeit hinter sich. Schweine aus Holland und Skandinavien, Rinder aus Irland, Kälber aus Deutschland, Polen oder Rumänien können über die Schweizer Autobahnen profitabler transportiert werden. 40 bis 50 manchmal sogar 90 Stunden stehen die Tiere auf den Transportern eng zusammengepfercht. Je nach Tierart auf bis zu vier Transporte-



benen. Viele Tiere sterben bereits auf der Fahrt, weil sie dem Transportstress nicht gewachsen sind, weil sie die Hitze oder die Kälte nicht überstehen. Bleibt ein Transporter im Hochsommer in einem Stau stecken, dann entwickelt sich im Transportinnenraum schnell eine Hitze von 50 Grad. Tödlich vor allem für Schweine, die nicht schwitzen können und zur Abkühlung eine Suhle brauchen. Tödlich für Kälber, für die es keine geeigneten Tränkesysteme auf den Transportern gibt...

Unsachgemässe Tiertransporte sind eine der Hauptursachen für die Ausbreitung von Tierseuchen. Die EU-Tiertransporte sind zum Teil lebende «Gammelfleischtransporte» mit einem hohen Risiko für Mensch und Tier entlang der Transportrouten.

*Animal Trust*

**SD-Nationalrat Bernhard Hess hat im Herbst 2006 einen parlamentarischen Vorstoss gegen EU-Lebendtiertransporte eingereicht, der gute Chancen hat, überwiesen zu werden.**

## Medienkonferenz Landschaft und Gesundheit

In einer gemeinsamen Medienkonferenz von «Stiftung Landschaftsschutz» und «Ärzte für Umweltschutz» präsentierten am 22. Mai unter dem Vorsitz der entsprechenden Geschäftsleiter Raimund Rodewald und Rita Moll, Prof. Thomas Abel und seine Assistentinnen Andrea Abraham und Kathrin Sommerhalder vom Institut für Sozial- und Präventiv-

medizin der Universität Bern ihre Studie «Landschaft und Gesundheit». Tatsächlich ist es dringend, dass der Zusammenhang einmal gründlich dargestellt wird.

Leider wurde die Konferenz wenig beachtet! Schon der Ort, wo sie stattfand, hatte bezüglich der herrschenden Raumnot in der Schweiz symbolische Bedeutung. Sie fand

nämlich in einem Kellerzimmer im zweiten Untergeschoss des Hotels Bern der gleichnamigen Stadt statt, selbstverständlich ohne Schimmer eines natürlichen Lichts oder Sonnenscheins! Sie war zudem schlecht besucht. Trotz der Koryphäen, die am Vorstandstisch Platz genommen hatten, waren nur etwa 20 Journalisten anwesend. Auch habe ich in den so genannten «grossen Medien» nirgends einen Bericht oder auch nur eine Notiz über das Ereignis gelesen oder gehört. Nur in der Fachpresse gab es Echo.

Die Darstellung des Zusammenhangs zwischen Landschaft und der allgemeinen Volksgesundheit ist tatsächlich dringend! Er betrifft insbesondere auch psychische Störungen wegen des Ausfalls des Erholungswerts einer wenig berührten Landschaft. Allerdings ist er nicht mehr so neu, wie es die Autoren gerne wahr hätten, haben doch im vergangenen Jahrhundert Konrad Lorenz, immerhin Nobelpreisträger, und sein Schüler Irenäus Eibl-Eibesfeldt schon auf ihn hingewiesen. Leider sucht man deren Namen im ausführlichen Literaturverzeichnis vergeblich; deren wissenschaftliche Arbeiten liegen offenbar zeitlich zu weit zurück. **Während der bei solchen Konferenzen üblichen Fragestunde konnte ich mir die Frage nicht verkneifen, wieso es keinen Widerspruch gebe zwischen dem Tatbestand, dass der Ägypter Samih**

**Sawiris quasi den halben Kanton Uri aufkauft, und dem immer noch gültigen Gesetz über den Grundstückverkauf an Personen im Ausland? Niemand aus dem illustren Gremium vermochte mir die Frage zu beantworten!** Eine weitere von mir erwähnte Sorge ist, dass die Bevölkerungsverdichtung durch Einwanderung andauern und die Schweiz sich unvermeidlicherweise in eine einzige Grossagglomeration verwandeln werde. Jede Raumplanung, das von Rodewald empfohlene Patentrezept, wird dann nutzlos. Die andere Frage eines Journalisten betraf den wissenschaftlichen Nachweis, ob es in Sachen Gesundheit im Berner Oberland und in den Agglomerationen Unterschiede gebe. Nach mir liegt die Antwort auf der Hand: die Pro-Kopf-Ausgaben der Krankenversicherungen sind in grossen Städten wesentlich höher als im Berner Oberland! Die öffentliche Diskussion des Zusammenhangs Landschaftsschutz und Gesundheit sollte ohne politische Scheuklappen stattfinden, und die zunehmend hässlichen Verbauungen wegen der Bevölkerungsvermehrung durch Einwanderung dürfen dabei nicht ausgeblendet bleiben. Alle Naherholungsgebiete gehen verloren. Und auch die kritiklose Befürwortung von mehr «Wirtschaftswachstum» heizt das Bevölkerungswachstum an.

*e. Nationalrat Jean-Jacques Hegg*

## Gut gemeinte Volksinitiative

jhd. Die «Landschaftsinitiative Raum für Mensch und Natur» vieler Umweltschutzorganisationen (nicht aller!) ist gut gemeint und das ist in der Politik zu wenig! Wieviel Boden in der Schweiz verbaut wird, hängt letztlich ausschliesslich von der Zahl der Menschen ab, die in ihr wohnen, und diese Zahl, bedingt durch die andauernde Einwanderungsbewegung, steigt ständig an. Unkritisch und von der offiziellen Politik kaum hinterfragt schreitet quasi alles nach mehr Wachstum; und damit steigt auch der Bedarf an Wohnungen, Arbeitsplätzen, Strassen, öffentlichen Verkehrsmitteln, Schulen, Spitälern, Einkaufszentren, Sport- und La-

gerhallen, Flugpisten und vieles mehr. Notwendigerweise wird dadurch immer mehr verbaut. Es besteht sogar die Gefahr, dass sich das Begehren schädlich auswirkt, wie Landschaftsschützer Hans Weiss befürchtet, weil unter dem Druck der Initiative noch vor Erlass entsprechender Gesetze die zuständigen Instanzen möglichst viele freie Flächen in Bauzonen umwandeln würden! Falls das Volksbegehren überhaupt noch einen Einfluss auf die Verbauung der Schweiz haben sollte, käme es viel zu spät! Vorläufig wird sie weiter zubetoniert. Nur eine Einwanderungsbremse könnte allenfalls diese ungute Entwicklung stoppen!

## Hilfe durch Franz Weber

Unter dem Titel «Rettet den Schweizer Boden» hat Franz Weber im Juni 2006 mit seiner Organisation Helvetia Nostra eine Dop-

pelinitiative gegen die «Schleifung» der Lex Koller lanciert. Bis Ende August 2007 hatte Weber je 82 000 Unterschriften beisammen.

## Drohende Aufhebung der Lex Koller

Der Zweitwohnungsbau boomt in der Schweiz wie noch nie. So zählte zum Beispiel das Wallis im Jahre 2005 174 000 «kalte» Betten, 70 000 mehr als zwanzig Jahre zuvor. Im Hinblick auf die geplante Aufhebung der «Lex Koller» liegen in gewissen Gemeinden im Unter- und Mittelwallis über 1000 Gesuche für den Verkauf von Immobilien an Ausländer vor – eine Zahl, die weit über den jährlich erlaubten Einheiten liegt. Als Folge dieser Entwicklung hat der Walliser Staatsrat sieben Unterwalliser Gemeinden ein befristetes Verbot der Veräusserung von Immobilien an Personen aus dem Ausland aufer-

legt. Davon betroffen ist auch die Gemeinde Bagnes mit Verbier, die in den vergangenen Jahren einen sehr grossen Bauboom verzeichnete. SL

### ...und weiter mit dem Ausverkauf

Dem Vernehmen nach verhandelt das VBS über den Verkauf einer weiteren Grundfläche in Andermatt, die überbaut werden soll, an den ägyptischen Financier Sawiris. Pikant ist, dass dabei das VBS federführend ist, «für Verteidigung und Bevölkerungsschutz»! Dient dieser Verkauf wohl der Landesverteidigung?



Selbst Interessen der Hotellerie vermögen den Zweitwohnungsbau nicht einzudämmen: Zweitwohnungen vor dem frisch renovierten Hotel Castell in Zuoz. (Bild M. Badilatti, Schweizer Heimatschutz)

## Genetische Schäden durch Agent Orange

Der Bevölkerungsanteil von Behinderten ist in Vietnam einer der grössten der Welt. Wesentlichen Anteil daran hat der Vietnamkrieg. In den Jahren 1961 bis 1971 versprühten die US-Streitkräfte rund 40 000 Tonnen Herbizide, bei uns als Agent Orange bekannt. Diese

heimtückische Substanz enthält Dioxin, das sich in der Nahrungskette anreichert und das menschliche Erbgut schädigt. Jährlich kommen 3500 Kinder mit massiven Behinderungen zur Welt, die auf Agent Orange zurückzuführen sind. Green Cross

## Umweltzerstörung in Irland

Keinen Zweifel haben irische Grüne aller Schattierungen an der Dimension der Herausforderung, der sie sich gegenübersehen. Während des beispiellosen Wirtschaftsbooms der jüngsten Vergangenheit nämlich hat sich das Land immer fatalere Umweltprobleme zugezogen. Bevölkerungswachstum, ungezügelter Baulust und unzureichende öffentliche Mittel haben

vielerorts zu einer völlig überlasteten Infrastruktur geführt. So ist fast ein Drittel aller Flüsse und des Grundwassers mittlerweile verseucht, allerdings nicht nur von industriellen Chemikalien. Im Grossraum Galway kann man seit März das Leitungswasser nicht mehr trinken – weil es von menschlichen Fäkalien verschmutzt ist.



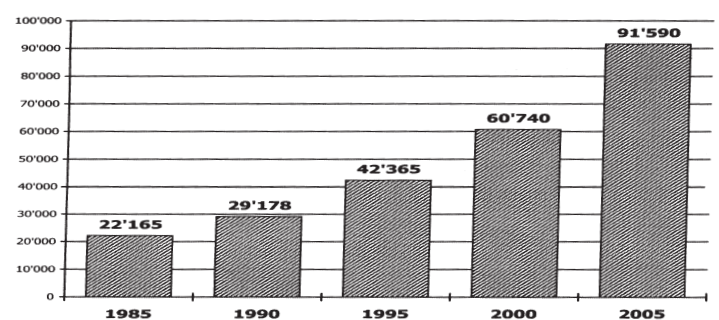
## Ursachen der Überschwemmungen

Die Schweiz wurde innerhalb zweier Jahre nun zum zweiten Mal durch massive Überschwemmungen heimgesucht. Die offiziellen Medien waren mit der Erklärung rasch zur Hand: Das ist der Klimawandel durch den CO<sub>2</sub>-Ausstoss der Industriegesellschaft. Die Problematik des CO<sub>2</sub>-Ausstosses soll hier auch gar nicht bestritten werden. Aber ökologische Veränderungen haben erfahrungsgemäss eine komplexe Entstehungsgeschichte. Weitere Ursachen von Überschwemmungen sind zum Beispiel die Bodenversiegelung durch die Zunahme der überbauten Gebiete wegen des Bevölkerungswachstums und die Kanalisation der Wasserabflüsse, was auch den Regenwasserabfluss beschleunigt. Durch die Schrumpfung der noch nicht überbauten Zonen geht deren Schwammwirkung verloren. Die Beeinflussung des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstosses durch die Schweiz kann nur minimal sein, weil sie einen sehr kleinen Teil des Weltterritoriums umfasst und auch der Schweizer Anteil an der Weltbevölkerung sehr gering ist. Ausserdem



machen die grössten Volkswirtschaften der Welt wie diejenigen von USA, China, Brasilien usw. bei der Bekämpfung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses gar nicht mit! Wir haben es politisch weit besser in der Hand, die Verbauung des eigenen Landes zu beeinflussen, da das Bevölkerungswachstum in der Schweiz einwanderungsbedingt ist.

## Zunahme der psychischen Invaliditätsfälle in der Schweiz





Anzeige

# Wir sehen eine Region aufblühen.

Obwohl Graubünden eine der schönsten Regionen der Schweiz ist, kehren immer mehr junge Rätromanen ihrer Heimat den Rücken. Sie sehen wenig Perspektiven für ihre Zukunft. Microsoft engagiert sich in Zusammenarbeit mit der lokalen Verwaltung und der Wirtschaft, den romanischsprachigen Gebieten neue Impulse zu geben. Mit einer Version von Microsoft Office auf Rumantsch bekräftigt Microsoft ihr Engagement. Wir glauben an das Potenzial von Graubünden und engagieren uns für die kulturelle Vielfalt der Schweiz.

[www.microsoft.ch/potential](http://www.microsoft.ch/potential)

© 2007 Microsoft Corporation. Alle Rechte vorbehalten. Microsoft und «Your Potential. Our Passion.» sind entweder eingetragene Marken oder Marken der Microsoft Corporation in den USA und/oder anderen Ländern.



Your potential. Our passion.™  
**Microsoft®**



# Eine Zukunft für die Landwirtschaft!?



Von Valentin  
J. Oehen,  
dipl. Ing. Agr.,  
e. Nationalrat

## Eine erste Vorbemerkung

In der Schlussklärung zur Gründung der internationalen Bankenallianz im Jahre 1913 in Paris lesen wir:

*«Die Stunde hat geschlagen für die Hochfinanz, öffentlich ihre Gesetze für die Welt zu diktieren, wie sie es bisher im Verborgenen getan hat.*

*Die Hochfinanz ist berufen, die Nachfolge der Kaiserreiche und Königtümer anzutreten, und die Autorität, die sich nicht nur über ein Land, sondern über den ganzen Erdball erstreckt.»*

- Und dann wurde der Erste Weltkrieg – ein Wirtschaftskrieg – organisiert.
- Und dann kam der Versailler Vertrag, und die Weltwirtschaftskrise wurde aufgegleist.
- Und dann wurde das Experiment «Kommunismus» hochgezogen und der «Plan Hitler» finanziert.

In diesen Phasen wurde die Landwirtschaft in grossen Teilen der Welt (SU, USA, China) ihrer ursprünglichen, klein strukturierten Organisationsform beraubt. Die Nachhaltigkeit wurde dem Raubbau geopfert. Die Plantagenwirtschaft der Grosskonzerne begann ihren Siegeszug!

## Eine zweite Vorbemerkung

Der Zweite Weltkrieg mit allen seinen Folgewirkungen brachte praktisch die weltweite Manipulierbarkeit der Volkswirtschaften und damit der Lebensmittelproduktion. Seither ist es möglich, eine blühende Volkswirtschaft in kürzester Zeit in den Ruin zu treiben. Beispiele: Persien, Chile, Irak, Argentinien, Jugoslawien und viele andere! **Wer die Lebensmittelversorgung unter Kontrolle hält, hat die politische Macht!**

Und das Zentrum der oben angesprochenen Macht hatte sich als Folge der Kriege von London nach Manhattan verschoben.

Das dürfte zumindest ein Grund sein, weshalb die europäische Landwirtschaft seit der Gründung der EU so zwanghaft umstrukturiert wurde. Die früher im kontinental-europäischen Raum so er-



In grossen Teilen der Welt wurde die Landwirtschaft ihrer klein strukturierten Organisationsform beraubt.

folgreiche Selbstversorger-Wirtschaft mit ihren kleinräumigen Strukturen und politisch nur schwer manipulierbar – ist im mittel-, ost- und südwesteuropäischen Raum praktisch liquidiert.

Die ausführenden Organe der Hochfinanz sind heute bekannt unter den Namen «Weltbank», WTO u.ä. und werden militärisch und politisch von den USA (z.T. getarnt durch NATO, PfP und andere Frontorganisationen) wirkungsvoll unterstützt.

Die «Globalisierung» ist das Schlagwort, das, propagandistisch intensiv eingesetzt, mehr als die Hälfte des Schweizervolkes zur Überzeugung gebracht hat, die Globalisierung sei nicht nur gottgewolltes Schicksal, sondern auch nützlich für das Wohl der Völker, unseres Volkes.

Welch ein Irrtum – dient sie doch nur und ausschliesslich der Ausdehnung des amerikanischen Wirtschaftsraumes, seiner Einfluss-sphäre und der Implementierung des «american way of life» in alle Kulturen dieser Welt.

## Wo stehen wir?

Wöchentlich verschwinden in der Schweiz zurzeit rund 40 Bauernbetriebe. Mit der AP 2011 soll der Prozess der Strukturbereinigung – lies Totschrumpfung des Bauernstandes – weiter verschärft werden. Grössere Betriebe seien notwendig, damit mit den gedrückten Preisen für die Basisprodukte trotzdem ein rentables Wirtschaften möglich werde. Gerade so, als ob Preise, welche die Gestehungskosten bei bester Organisation und Struktur nicht decken, mit grösserer Produktionsmenge ausgeglichen werden könne.

*Das legendäre Eierfraueli lässt grüssen, das seinerzeit auf die Frage, wie es bei einem Ankaufspreis von 24 Rappen seiner Eier und einem Verkaufspreis von 21 Rappen im Zulieferdienst überleben könne, treuherzig meinte: «D'Mängi machts us!»*

Wenn der Liter Milch gemäss einer Vollkosten-Rechnung bei besten betrieblichen Rahmenbedingungen auf zirka 110 Rappen zu stehen kommt, ist es mörderisch, die Milchproduzenten mit 70 Rappen und weniger abzuspeisen. Ähnliches gilt für Fleisch, Getreide und Ackerfrüchte.

Aber noch immer gilt die Devise der Hochfinanz:

*«Die Güter des Zwangsbedarfs (Lebensmittel, Rohstoffe) sind im Preise nach Kräften zu drücken, damit die Güter des Wahlbedarfes in steigenden Mengen mit glänzender Rendite abgesetzt werden können.»*

Dazu gehören auch die Treibstoffe und der Götze «Auto»-mobil. Hoch lebe die gesamte Verschleuderungs-Zivilisation!

## Wie lange noch?

Eine Wende zeichnet sich ab – die Strategie der Manipulatoren steht vor dem Kollaps! In Stichworten:

– In der EU – ja auf dem ganzen Weltmarkt – mangeln Milch und Milchprodukte! **Die Preise steigen!**

– Die Energie-Vorräte (Erdöl, Erdgas) werden immer rascher zu einer Mangelware. Dies nicht nur wegen des steigenden Verbrauches in den USA und in Europa, sondern auch wegen der wachsenden Nachfrage aus China, Indien und den Tiger-Staaten.

**Die Preise steigen!**

– Die Ernährung der Weltbevölkerung droht aus dem Ruder zu laufen – nicht zuletzt wegen der Verschleuderung von Lebensmitteln (Mais, Weizen) in den USA, Brasilien, Mexiko zur Herstellung von Bio-Treibstoffen.

**Die Preise für Grundnahrungsmittel ziehen an!**

– Weiterhin wird bestes Kulturland in Mitteleuropa in einem Höllentempo zubetoniert (in der Schweiz rund 1 qm pro Sekunde!). **Fruchtbarer Boden wird zur Mangelware!**

– Die Erdbevölkerung nimmt weiter zu – um zirka 200 Millionen pro Jahr! Und was noch mehr ins Gewicht fällt: 1,3 Milliarden Chinesen; ~1,05 Milliarden Inder; ~850 Millionen Südasiaten wollen zunehmend am modernen Konsumglück teilhaben!

**Und die «abgeschafften» Bauern mit ihrem Fachwissen, die produktivsten kleinen Strukturen, die notwendigen Gerätschaften in den fruchtbarsten Gebieten der nördlichen Hemisphäre lassen sich nicht husch-husch aus dem Boden stampfen, um die wachsende Nachfrage nach Lebensmitteln zu decken.**

**Es ist absehbar, dass in wenigen Jahren die Nachfrage die Preise für die Lebensmittel bestimmen wird und nicht mehr die Hochfinanz!**

Dies selbst dann, wenn die USA auf ihren irrwitzigen Plan verzichten sollten, den Nahen Osten in Flammen aufgehen zu lassen und dafür in eine nachhaltige Nahrungsmittel-Produktion und in den ländlichen Raum investieren würden.

## Und jetzt die Vision!

**Zwei Hausfrauen im Gespräch vor einem Lebensmittelgeschäft irgendwo in der Schweiz im Jahre 2020. Es handelt sich um Frau Wiesendanger Rosa (WR) und Frau Hintermüller Berta (HB).**

Frau WR kommt mit traurigem Gesicht aus dem Laden und trifft auf Frau HB, die zum Einkaufen kommt.

**WR:** Oh, Berta, du kommst zu spät!

**HB:** Wieso, es ist ja erst 10 Uhr!

**WR:** Ja schon, aber das Brot ist schon ausverkauft; und die Milch hat übrigens wieder aufgeschlagen!

**HB:** Aber das ist doch nicht möglich!

**WR:** Doch, und der Flüchtliger (Ladeninhaber) sagt, die nächste Brot-

## Eine Zukunft für die Landwirtschaft!?

Fortsetzung von Seite 6

lieferung sei mit Fr. 5.50 das Kilo angemeldet. Der Liter Pastmilch wird übrigens seit gestern für Fr. 4.25 verkauft.

**HB:** Das ist ja verrückt – mein Haushaltsgeld reicht nirgends mehr hin, insbesondere seit wir auch für das Auto soviel Geld ausgeben.

**WR:** Ja mit dem Bezinpreis von Fr. 4.75 muss man sich schon überlegen, ob wir nicht aufs Velo und die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen sollen.

**HB:** Na ja, unsere Grosseltern lebten ja auch ohne Auto und ohne den heutigen Luxus! Und die Lebensmittel sind halt doch wichtiger als ein schnittiger Wagen und der ganze Unterhaltungsklimbim.

**WR:** Ob das unsere Kinder auch so sehen?

**HB:** Die werden es lernen müssen, dass das Essen wichtiger ist, als der ganze Vergnügungsmist.

**WR:** Hoffen wir es! Hoffen wir es!

**HB:** Oh, ich denke schon. Schon Bertold Brecht sagte vor bald hundert Jahren: «Zuerst kommt das Fressen und dann die Mobilität» – oder so etwas Ähnliches!

### Und die Folgerung

**Es ist absehbar, dass der Nährstand wieder in seine verdiente Rolle wird wechseln können.**

Die Rolle des Prügeljungen werden mit Sicherheit die Vertreter der Wegwerfartikel-Industrie übernehmen müssen.

Als nächster Schritt ist die Revision der Landwirtschaftspolitik, eventuell mit Initiativen, anzustreben. Die Freihandelsverträge sind ganz klar abzulehnen, da damit die einheimische Landwirtschaft ruiniert wird. Im Interesse der politischen Autarkie ist der Schutz der Landwirtschaft unumgänglich. Die aktuellen Bestrebungen weisen in eine verhängnisvoll falsche Richtung und machen die nötigen Umstellungen der Gesellschaftspolitik unseres Landes in den kommenden Jahren und Jahrzehnten unnötig schwieriger, als sie ohnehin schon sind...

die Presse über Tötlichkeiten in diesem Rahmen berichtet, den einheimischen Beteiligten pauschal ein rechtsradikales Mäntelchen umhängt, ohne überhaupt die individuellen Vorfälle vorher genauestens zu überprüfen. Dabei wissen sowohl Justiz als auch Presse haargenau, in welchen Fällen eindeutig von völlig unbegründeten Provokationen seitens aufmüpfiger Albaner, Türken usw. ausgegangen werden kann und in welchen nicht. Erstere sind von einem Anstieg in den letzten Jahren kaum verschont worden, während Letztere zwar selten in Erscheinung traten, medial jedoch umso bombastischer und hysterischer aufgemacht wurden; die Hexenjagd gegen alles vermeintlich «Rechtsradikale» im Laufe der vergangenen rund 24 Monate war und ist Beweis genug.

### Konsequenz des Ethno-Kriegs

Die rapide Gewaltspirale im Bereich der multi- und interkulturellen Zusammenwürfelung hat folglich – rein operativ gesehen – absolut nichts mit neonazistischen Tendenzen zu tun; im Gegenteil! Die vorwiegend unter ausländi-



*Sachbeschädigungen und Übergriffe von fremdethnischen Kriminellen werden durch die Medien meist verschwiegen oder beschönigt.*

schen Banden exerzierten «Ethno-Kriege» sind ihrerseits von einem sehr ausgeprägten Rassismus getragen und lehnen sich stark an das Beispiel Los Angeles, wo sich Weisse, Schwarze und Latinos (südamerikanische Emigranten) seit Jahrzehnten gegenseitig die Hölle heiss machen. Dass gerade Schweizer Jugendliche, die seit ihrer Kindheit tagtäglich mit diesen widerwärtigen Situationen konfrontiert werden, plötzlich eines Tages die Föhnfrisur durch einen Millimeter-Schnitt ersetzen, kann nun wirklich nicht mehr verwundern.

## Es tobt der Ethno-Krieg



*Andreas Beyeler, Präsident SD Biel/Seeland, Worben*

Es war im Jahre 1984, als ein kleiner unbekannter Filmemacher namens Mehdi Charef, seines Zeichens Sohn einer algerischen Immigrantenfamilie in Frankreich, das interessierte Publikum mit einem autobiographischen Werk aus seiner Adoleszenz beglückte. «Der Tee im Harem des Archimedes», so der Titel des beeindruckenden Films, erzählte die dramatische Geschichte einer turbulenten Freundschaft zwischen einem Franzosen und einem Algerier, die sich beide in einem heruntergekommenen Pariser Vorort (Banlieu) mit Kleinkriminalität und regelmässigen Prügeleien durchs Leben schlagen. Damals war man als unbefangener Schweizer Bürger

entsetzt über die Visualisierung des Problems, das die Verrohung der Gesellschaft in einer eindrücklichen Art und Weise transparent machte und das vor allem für hiesige Verhältnisse als kaum nachvollziehbar erschienen war. Heute jedoch ist der Tee im Harem des Archimedes längst brutale Wirklichkeit geworden, zumindest innerhalb von sozial spannungsgeladenen «Banlieus» von Schweizer Städten. Im Falle des Seeländer Hauptortes Biel kann man schon von einem regelrechten Epizentrum der interkulturellen Ausschreitungen sprechen, sind gerade in Biel zahlreiche Angehörige verschiedener Ethnien beheimatet. Die Exponentialentwicklung der Bieler Multikultur zeichnet immer wieder verantwortlich für Gewalt zwischen vorwiegend ausländischen Jugendbanden oder aber – was selbstverständlich von der Tagespresse geflissentlich verschwiegen wird – für gewaltsame Übergriffe von fremdethnischen Kriminellen gegen Schweizer Jugendliche.

### Der «rechtsradikale» Nimbus

Entsprechende Vorfälle sind in Städten wie Biel beinahe an der Tagesordnung, wie gute Informationsquellen aus dieser Region buchstäblich hieb- und stichfest belegen. Auffällig ist, dass, wenn

## Andreas Beyeler ist ein Ur-Worbener!

**Andreas Beyeler**, geb. 14. September 1970, ist in Worben aufgewachsen, wo er die Schulen durchlief und im Anschluss eine Lehre in Rohr AG als Fischwirt absolvierte. Seit 20 Jahren arbeitet er im elterlichen Betrieb als erfolgreicher Jungunternehmer. So ist er Patentinhaber vom Restaurant Fischereipark in Worben. Seit 2005 amtiert Andreas Beyeler als Präsident der Jungen Schweizer Demokraten (JSD) Schweiz. Seit 2007 ist er Stützpunktleiter und Wahlbeauftragter der Schweizer Demokraten (SD) Seeland.

### Allgemeine politische Positionen

**Andreas Beyeler** ist ein national-konservativer Jungpolitiker mit einem heimatreuen und sozialen Gewissen. Er will die Schweiz als freie und unabhängige Willensnation erhalten. Den Beitritt zur zentralistischen, bürokratischen und demokratiedefizitären EU lehnt er entschieden ab. Seit Jahren engagiert sich Andreas Beyeler gegen die ungebremste Masseneinwanderung von immer mehr, schwer integrierbaren, Zuwanderern aus meist ganz fremden Kulturen. Den Asylrechtsmissbrauch lehnt er entschieden ab. Die Politik soll sich immer nach den Bedürfnissen der Schweizerinnen und Schweizer

richten. Deshalb wendet sich Andreas Beyeler auch gegen den schleichenden Sozialabbau und gegen Lohndruck sowie gegen Sozialdumping. Als Gewerbetreibender will er sich zudem für die Anliegen des heimischen Gewerbes einsetzen.

### Positionen Gemeindepolitik Worben

**Andreas Beyeler** setzt sich für eine gute und kollegiale Zusammenarbeit im Gemeinderat ein – zum Wohl der Worbener Bevölkerung. Auch weiteren, kostspieligen Landkäufen durch die Gemeinde muss endlich Einhalt geboten werden. Mit vielen Auflagen wird in Worben das Trinkwasser geschützt, was zu Lasten der Steuerzahler und vor allem durch die Worbener Hausbesitzer berappt werden muss. Profitieren tun hingegen vor allem die umliegenden Gemeinden, die unser Trinkwasser mitkonsumieren. Es ist deshalb angezeigt, der Dorfbevölkerung in Worben die Preise für Trinkwasser zu senken oder dieses gar kostenlos aufzubereiten.



*Andreas Beyeler – der kollegiale Gemeindepräsident*





## Multikulturell = Multikriminell

Aus AZ 14.6.2007: «**Blindwütig auf Pfadfinderin eingestochen.**» Ein 31-jähriger Somalier hatte sich vor dem Bezirksgericht Rheinfelden (AG) zu verantworten, weil er vor gut einem Jahr beim Bahnhof Kaiseraugst eine 17-jährige deutsche Pfadfinderin mit einem Küchenmesser niedergestochen hatte. Der Staatsanwalt forderte für den Asylbewerber wegen versuchter vorsätzlicher Tötung eine Freiheitsstrafe von 6½ Jahren. Wie üblich in solchen Fällen, tischte der Asylbewerber eine abenteuerliche Geschichte auf, die an ein Märchen aus 1001 Nacht erinnert. Er sei nach einer durchsoffenen Nacht und dem folgenden Tag, an dem er weiter Bier und Whisky gesoffen habe, um seine «Probleme» zu vergessen (Geld für teuren Whisky hat der «arme» Asylant wohl), auf dem Bahnhof von Unbekannten zusammengeschlagen worden. (Seine «Probleme» bestehen wohl vor allem darin, wie er unsere Behörden am besten anlügen kann und welchen Drogendeal er als nächsten plant). Daraufhin habe er in der Küche der Asylunterkunft ein grosses Küchenmesser geholt, um die Angreifer zur Rechenschaft zu ziehen. Als er diese nicht mehr fand, habe er die völlig harmlose Gruppe von Pfadfinderinnen angegriffen und dem zuhinterst gehenden Mädchen das Messer in den Rücken gerammt. Das Opfer erlitt eine lebensgefährliche und nur mit Glück nicht tödliche Verletzung und musste im Spital notoperiert werden.



Mehr Sicherheit statt Ausländerkriminalität. (© visualdesign fotografie)

### Posttraumatische Belastung

Wie bei Asylanten üblich, ergab ein psychiatrisches Gutachten «eine mittelgradig verminderte Zurechnungsfähigkeit. Und zwar nicht nur wegen dessen Alkoholabhängigkeit und einer Blutalkoholkonzentration von 1,7 Promille während der Tat. Beim Täter besteht auch eine posttraumatische Belastungsstörung seit 1997, als dessen ganze Familie in Mogadischu (der Hauptstadt Somalias) ermordet worden sei». Wie lange werden unsere Behörden noch auf solche Märchenerzählungen reinfallen?

• Aus AZ 19.6.2007: «**Bewusstlos geprügelt.**» Im Regionalzug zwischen Frick und Basel haben drei dunkelhäutige Männer (mit anderen Worten «Neger», die Red.) zwischen 17 und 19 Jahren einen 20-

jährigen Schweizer verprügelt, bis dieser bewusstlos zusammenbrach. Dann klauten sie ihm das Portemonnaie. Zuerst hatte einer der Täter das Opfer angepöbelt und ihm ins Gesicht geschlagen. Als sich der Mann wehrte, prügelten auch die anderen los.

Bemerkung der Redaktion: Die Sache ist ja eigentlich «verständlich». Da unsere lieben «Asylantenfreunde» in der Schweiz so schlecht behandelt werden, müssen sie doch irgendwie zu Geld kommen. Und was fällt diesem frechen «Schweizerlein» ein, sich zur Wehr zu setzen? Da ist es doch nach afrikanischer Sitte völlig legitim, das Opfer halb tot zu prügeln.

• Aus AZ 31.7.2007: «**Drogenring hatte rund 200 Kunden.**» Die Tessiner Polizei hat einen Kokainring ausgehoben. Fünf Schwarzafrika-

ner und zwei Tessinerinnen befinden sich in Haft. Bei der sogenannten Operation «Caldo 07» sind 190 Personen überprüft worden, in der Mehrzahl Neger aus den Kantonen Zürich und Aargau. Daneben seien knapp 200 Kunden aus den Regionen Lugano und Mailand identifiziert und registriert worden.

• Aus AZ 16.7.2007: «**Polizist die Hand gebrochen.**» Ein 18-jähriger abgewiesener Asylant aus dem Sudan führte sich in Brugg (AG) in einem Linienbus ungebührlich auf; er hatte unter anderem (!) andere Fahrgäste belästigt. Die durch den Busfahrer herbeigerufenen Kantonspolizisten bespritzte er zuerst mit Urin, das er in einer Bierflasche mit sich trug. Das allein zeigt schon, dass er vorhatte, den Urin missbräuchlich zu verwenden. Ich glaube nämlich kaum, dass der Asylant so gut erzogen worden ist, dass er, wenn er mal «muss», dies in eine Bierflasche macht, um ihn dann später umweltgerecht zu entsorgen. Dann schlug er wild um sich und brach dabei einem Polizisten die Hand. Schliesslich gelang es den Beamten, ihn in Handschellen zu legen. Er wurde in die psychiatrische Klinik Königsfelden eingewiesen. Welch ein Glück für den Asylanten, denn irgend ein bekloppter Psychiater wird ihn als psychisch krank erklären, und einen Kranken «kann» man doch nicht ausweisen. Also werden ihm unsere «lieben» Behörden sicher zumindest eine «vorläufige Aufnahme» gewähren, die bekanntlich fast immer zu einem Daueraufenthalt wird.

## Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



Bezirke Baden / Brugg / Zürzach:  
Jeden 1. Dienstag im Monat ab  
20 Uhr im Restaurant Winkelried,  
Wettingen

Aargau West:  
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr  
im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau

Fricktal:  
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr  
im Restaurant Rössli, Eiken



Sektion Reinach und Umgebung:  
Jeden 1. Montag im Monat  
um 19.30 Uhr im «Reinacherhof»



Kantonalpartei Basel:  
Jeden 1. Montag im Monat ab  
19.30 Uhr im Rest. Rheinfelderhof



Stadt Bern:  
Jeden letzten Dienstag im Monat  
ab 20 Uhr im Restaurant Bären,  
Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern.

Sektion Künz:  
Jeden 1. Freitag im Monat im Restaurant  
Brunnenhof, Künz

Sektion Berner Oberland:  
Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr  
im Hotel Milan in Ringgenberg

Sektion Thun/Konolfingen:  
Jeden letzten Donnerstag im Monat  
ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof,  
von May-Strasse 43, Thun



Innerschweiz:  
Jeden 1. Montag im Monat ab  
19.30 Uhr im Hotel Spatz,  
Obergrundstrasse 103, Luzern



Sektion Wil und Umgebung:  
Informationsabend jeden 2. Montag  
im Monat im Restaurant Fass in Wil.  
Nähere Informationen unter  
[www.infowil.ch/sd-wil](http://www.infowil.ch/sd-wil)

Sektion St. Gallen:  
26. September: Stamm ab 19.30 Uhr  
im Restaurant Hirschen, St. Gallen, Bus Nr. 1  
Vorstellung Nationalratskandidaten



Sektion Hinwil:  
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20  
Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhof-  
platz, 8340 Hinwil (Kegelbahn)

[www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)



Anlässe für 2007 melden an:  
[sd-ds@bluewin.ch](mailto:sd-ds@bluewin.ch)

## Die SD in Radio und Fernsehen

### Fernsehen DRS

1.10.07: ca. 19.40 Uhr (nach  
Meteo), SD im Kreuz-  
verhör

10.10.07: ca. 22.20 Uhr, Wahl-  
ARENA Ausländer  
und Integration

### Radio DRS 1

9.10.07: 20.00 Uhr, Streitge-  
spräch in Winterthur  
mit SD-Nationalrat  
Bernhard Hess



# Territorium und Pluralismus

Das Phänomen der Territorialität, d.h. der Verteidigung eines Territoriums gegen «Fremde» bzw. generell gegen «Andere», wird im politischen Bereich meistens mit dem (heutzutage gesellschaftlich geächteten) Nationalismus in Zusammenhang gebracht. Es wäre jedoch irreführend, Territorialität mit Nationalismus gleichzusetzen: Territoriales Verhalten lässt sich nämlich auch in anderen Kontexten feststellen.

In seinem Werk *«Die Biologie des menschlichen Verhaltens»* [1] erklärt Irenäus Eibl-Eibesfeldt, dass Territorialität sicher ein universelles Verhalten ist und dass die Anlagen sehr wahrscheinlich auf altes Primatenerbe zurückgehen: «Die meisten der höheren Wirbeltiere (Vögel, Säuger, Reptilien) sind territorial. Sie besetzen einzeln, paarweise oder in geschlossenen Gruppen bestimmte Gebiete, die man Territorien oder Reviere nennt, und sie verteidigen diese notfalls gegen Eindringlinge. [...] Der Mensch zeigt ebenfalls weltweit die Neigung, Land in Besitz zu nehmen und sich auf verschiedenen Ebenen gegen andere abzugrenzen: als Gruppe gegen andere Gruppen, innerhalb der Gruppe als Familie und Sippe gegen andere Familien und Sippen sowie als Individuum innerhalb der Familie.» Eibl-Eibesfeldt fügt hinzu: «Für uns Menschen wäre eine Existenz ohne die Behauptung von Landrechten, also ohne Territorialität, schwer vorstellbar.»

Wie universell Territorialität ist, zeigen auf paradoxe Weise Menschen, die sich als antinational ausgeben und den Abbau von Landesgrenzen sowie eine totale Personenfreizügigkeit fordern. Ein Beispiel unter anderen ist die sogenannte linksautonome Bewegung. Diese verurteilt zwar offiziell jede Form von Diskriminierung (Sexismus, Rassismus usw.) und Ausgrenzung, jedoch verweigert sie Andersdenkenden oder Andersaussehenden den Zutritt zu ihren Revieren: Im Jahr 2003 wurden mehrmals Polizisten und Soldaten – also Menschen, die nicht in das Weltbild der Autonomen passen – in der Nähe der Berner Reithalle, einer autonomen Hochburg, mit Flaschen beworfen. Somit wird klar, dass «antinational» nicht mit «antiterritorial» gleichzusetzen ist.

Der Nationalismus steht für den Anspruch eines Volkes auf ein Territorium und folglich für ethnische Homogenität. Ein solcher Anspruch wird heutzutage meistens

als fremdenfeindlich oder rassistisch verworfen. Dabei lässt sich der Wunsch nach Homogenität auch bei Fremdenfreunden und Antirassisten feststellen: sie verurteilen zwar ethnische Homogenität, streben aber selbst nach politisch-moralischer Homogenität und verurteilen abweichende Meinungen. Das Sperrfeuer, dem nationale Parteien üblicherweise ausgesetzt sind, ist Beweis genug dafür. Schafft es eine nationale Partei doch bis in ein Parlament oder in eine Regierung, wird auf ihre Niederlage bei den nächsten Wahlen gewartet bzw. darauf hingearbeitet.

## Blutige Territorialkriege

Man vergisst es allzu leicht: Es hat auf einem Territorium grundsätzlich nur für ein gesellschaftliches System Platz. Versucht ein zweites, auf anderen Postulaten basierendes System sich zu etablieren, kommt es meist zu Konflikten. Viele Beispiele belegen diesen Grundsatz. Man kann hier an die Folgen der Reformation in West- und Zentraleuropa erinnern: Waren diese Gebiete vor der Reformation noch katholisch, kam der Kirche die Ausbreitung des reformierten Glaubens der Erscheinung eines Fremdkörpers in der christlichen Welt gleich, den es auszumerzen galt. Es folgten blutige Kriege, deren Lösung oft darin bestand, durch das Prinzip cuius regio, eius et religio (die Fürsten und Landesherrn bestimmten selber die Konfession innerhalb ihres Territoriums) wieder religiös homogene Gebiete herzustellen [2].



*Verteidigen ihr Territorium mit der Waffe: Kindersoldaten in Zentralafrika*

Es ist auch in modernen Demokratien nicht anders: Sie predigen zwar Pluralismus, jedoch darf ihr Fundament – der Glaube an die Gleichheit aller Menschen – nicht in Frage gestellt werden. Dies ist auch nachvollziehbar: das Überleben eines gesellschaftlichen Systems hängt immer von der Zustimmung bzw. vom Konformismus der Mehrheit ab. Nimmt die Zahl



*Sogar einwanderungsfreundliche Forscher räumen ein, Masseneinwanderung habe starke negative Wirkungen.*

der Systemträger ab, droht dem System der Untergang.

Allerdings ist fraglich, inwiefern die heterogener werdenden westlichen Gesellschaften langfristig überlebensfähig sind: die Multikulturalisierung könnte sich als Schuss nach hinten erweisen. Sogar einwanderungsfreundliche Forscher räumen ein, Masseneinwanderung habe starke negative Wirkungen. Im Jahr 2006 stellte beispielsweise der Soziologe Robert D. Putnam die Ergebnisse einer Studie über die Folgen von ethnischer Heterogenität auf das Sozialkapital in den Vereinigten Staaten vor: Je höher der Heterogenitätsgrad, desto geringer das Vertrauen zwischen den Menschen und der Zusammenhalt. Eigentlich war Putnams Studie schon im Jahr 2001 abgeschlossen; der Soziologe erschrak aber derart über das Ergebnis, dass er beschloss, die Veröffentlichung um fünf Jahre zu verschieben, um sich positive Argumente zugunsten der Einwanderung ausdenken zu können [3]. Er behauptet heute, die Einwanderung habe zwar kurz- und mittelfristig negative Folgen, lohne sich aber langfristig. Hier sei gefragt, ob Putnam dabei den Geburtenrückgang der Einheimischen und deren langsames Ersetzen durch die Zuwanderer und ihre Nachkommen einkalkuliert. Angesichts der Tatsache, dass in verschiedenen Ländern (auch in der Schweiz) die Bevölkerung nur noch dank der Einwanderung wächst, stellt sich in einigen Jahrzehnten akut die Frage nach dem Fortbestehen der einheimischen Völker und ihrer Kulturwerte (zu denen Demokratie gehört). Natur- und Artenschützer wie die Grünen empören sich gerne über den Artenschwund und die Gefahren von invasiven gebietsfremden Organismen für die einheimische Flora und Fauna.

Geht es aber um den Fortbestand des eigenen Volkes, sind sie leider erstaunlich still.

Aber zurück zum eigentlichen Thema... Da gesellschaftliche Systeme üblicherweise nach Homogenität streben und ihr Territorium als unteilbar betrachten, muss gefragt werden, ob nationale bzw. räumlich begrenzte Systeme oder im Gegenteil globale bzw. universelle Systeme am ehesten zum Schutz des Pluralismus beitragen. Der Universalismus mag gegenwärtig als Inbegriff des Guten gelten, er ist nicht weniger risikobehaftet: «Sobald eine Lehre oder eine Kultur sich als Träger einer «universellen» Botschaft versteht, legt sie eine unüberwindliche Neigung an den Tag, die ihre eigenen Werte ebenfalls als universell aufzutakeln. Entsprechend würdigt sie die Werte der anderen herab, die aus ihrer Sicht falsch, verunftwidrig, unvollständig oder ganz einfach überholt erscheinen. Mit dem besten aller guten Gewissen – denn sie ist überzeugt, im Namen der Wahrheit zu sprechen – predigt sie Intoleranz» [4]. Im Unterschied zu einem globalen System sorgt also eine Vielheit von räumlich begrenzten Systemen für grösseren Pluralismus in der Welt.

[1] Irenäus Eibl-Eibesfeldt, *Die Biologie des menschlichen Verhaltens*, Seeheimer Verlag, Weyarn, 1997, S. 455 und 469.

[2] Marcel Senn, Lukas Gschwend, René Pahud de Mortanges, *Rechtsgeschichte aus kulturgeschichtlicher Sicht*, Schulthess, Zürich, 2006, S. 176.

[3] Steve Sailer, «Fragmented future. Multiculturalism doesn't make vibrant communities but defensives ones» in: *The American Conservative*, 15. Januar 2007, S. 7–11.

[4] Alain de Benoist, *Kritik der Menschenrechte. Warum Universalismus und Globalisierung die Freiheit bedrohen*, Junge Freiheit Verlag, Berlin, 2004, S. 91.

*Jan Mahnert, Bern, ist ein parteiunabhängiger Autor*

# Freier Personenverkehr führt zu Lohndumping

Bundesrat hat Schweizervolk faustdick angelogen

Zum x-ten Mal hat der Bundesrat das Schweizervolk vor einer Abstimmung in unverschämtester Art angelogen. «Stinkfisch» (entschuldigen Sie den Ausdruck, aber anders kann man es nicht ausdrücken) hat der Bundesrat vor der für die freie Schweiz existenziell äusserst wichtigen eidgenössischen Volksabstimmung über den «Freien Personenverkehr» mit der EU das Stimmvolk brandschwarz angelogen. Mit einer an Sturheit (oder ist es schlichtweg Unverschämtheit?) grenzender Hartnäckigkeit haben Bundesrat und praktisch sämtliche, sich selbst «regierungstragende», Parteien behauptet, der Freie Personenverkehr mit der EU werde kein Lohndumping verursachen. Die sogenannten «flankierenden» Massnahmen sowie die vorgesehenen Kontrollen würden Missbrauch durch billige Arbeitnehmer aus der EU – und selbstverständlich von skrupellosen einheimischen Arbeitgebern, denen es seit jeher nur um ihren eigenen Profit geht – ausschliessen.

Die Sozialistische Partei der Schweiz (SPS), welche sich fälschlicherweise Sozial-«Demokratische» Partei nennt (von demokra-

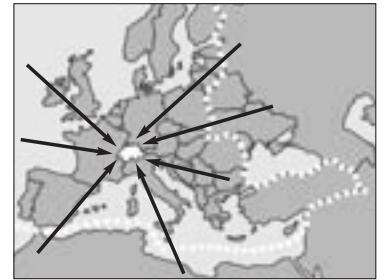
tisch kann bei diesen Inter-Nationalsozialisten keine Rede sein) hatte ständig palavert, ihre mit dem Bundesrat ausgehandelten «flankierenden» Massnahmen seien hieb- und stichfest und würden Missbrauch praktisch verunmöglichen.

## Vergeblich haben die Schweizer Demokraten

als praktisch einzige Partei gewarnt, dass ein Missbrauch der Personenfreizügigkeit praktisch nicht verhindert werden kann, insbesondere weil die Zahl der Inspektoren, welche Arbeitnehmer aus der EU und selbstredend auch die entsprechenden Arbeitgeber in der Schweiz kontrollieren sollten, viel zu klein, um nicht zu sagen lächerlich gering, war. Die Schweizer Demokraten warnten aber auch vor den in Deutschland bereits grassierenden sogenannten 1-Mann-AGs, wo eine einzelne Person ihre eigene Firma gründet und somit völlig frei ist, ihre «Mitarbeiter», d.h. sich selber, zu jedem noch so billigen Lohn anzubieten. Alle diese Warnungen der SD wurden in den Wind geschlagen oder gar als lächerliche Angstmacherei vor der «ach so lieben und netten» EU bezeichnet.

## Die Praxis bestätigt die Befürchtungen der SD vollumfänglich

wie die neuesten Zahlen des Migrationsamtes des Bundes beweisen. Sandra Fritschi, Teamleiterin der Meldestelle und des Inspektorats dieses Amtes, meldet: «Die Kontrollen sind nötig. Seit diese vor etwas mehr als 2½ Jahren eingeführt worden sind, lagen die kontrollierten Löhne von Arbeitskräften aus der EU zwischen 17 und 30 Prozent unter dem orts- und berufsüblichen Niveau – vor allem (wie nicht anders zu erwarten war, die Red.) in der Baubranche und auf verwandten Berufsfeldern.» Und Fritschi weiter: «Nicht besser sieht die Situation bei jenen Betrieben aus, die gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen von Gesamtarbeitsverträgen verstossen. (Das ist ja logisch, die Red.). Allein im ersten Halbjahr 2007 wurden 107 Verwaltungsbussen ausgefällt und acht Strafanzeigen erstattet. Zudem wurden elf ausländische Dienstleister vorläufig vom Schweizer Arbeitsmarkt ausgeschlossen (Das wird diese nicht gross beeindrucken; die gründen doch einfach eine neue Firma und treiben ihr Unwesen unter anderem Namen weiter). Dazu ist zu



Jetzt ist es amtlich: Freier Personenverkehr führt zu Lohndruck

vermerken, dass die Dunkelziffer enorm sein muss, denn die paar Inspektoren können sicher nur einen winzigen Teil der Missbräuche aufdecken. Hier auf weitere Details des Missbrauchs des Freien Personenverkehrs einzugehen, würde den Rahmen unserer Zeitung sprengen. Interessierte orientieren sich am besten in der Tagespresse oder im Internet.

**Wie lange sollen unsere sogenannten Bundesväter, wie sich der Bundesrat gern selber bezeichnet, ihr Unwesen weitertreiben? In Bern muss endlich gründlich ausgemistet werden!**

**Einzige Alternative zu den landesverräterischen Regierungsparteien sind die Schweizer Demokraten!**

*Dragan Najman, Baden*

## Linke und rechte Extremisten

Das Bundesamt für Polizei (Fedpol) hat seinen neuesten Bericht über Rechts- und Linksextremismus veröffentlicht. Hier liest man Folgendes: 2006 blieb die Zahl von Vorfällen, die durch Rechtsextremisten verursacht wurden, mit 109 im Vergleich zum Vorjahr stabil (111 Vorfälle im Jahr 2005). Hingegen stieg die Zahl der von Linksextremisten verursachten Vorfälle in der gleichen Periode um 62 Prozent von 140 Vorfällen 2005 auf neu 227 Vorfälle im 2006. Die Linksextremisten haben also mehr als doppelt so viele Straftaten verursacht als die Rechtsextremen. In den Medien hört und liest man

aber trotzdem praktisch nur etwas, wenn irgendwo Rechtsextreme aufgetreten sind, dies auch dann, wenn diese lediglich ein Fest veranstalten wie z.B. bei der «Feier», welche sie am 4. August auf dem Rütli durchgeführt haben (weil ihnen am 1. August der Zutritt zum Rütli verwehrt worden ist).

Wenn Linksextreme jedoch unangenehm auffallen, dann sind meistens schwere Randalen und Sachbeschädigungen praktisch an der Tagesordnung. Aber diese werden von unseren linkslastigen Medien verschwiegen oder massiv verharmlost.

## Aktive Islamisten in der Schweiz

Das Bundesamt für Polizei (Fedpol) schreibt in seinem neuesten «Bericht 2006 zur inneren Sicherheit der Schweiz» über «aktive Is-

lamisten» unter anderem Folgendes: «Konkrete Vorbereitungsaktionen für einen Anschlag konnten in der Schweiz bis heute

nicht nachgewiesen werden. Aber es ist zu vermuten, dass ein Anschlag geplant wurde.» Weiter: «Die Schweiz gilt Dschihadisten (Dschihad bedeutet «Heiliger Krieg gegen die Ungläubigen», d.h. gegen alle, die nicht Moslems sind) als Teilhaberin gegen den Islam und die Muslime und weist darüber hinaus ein «aktives Islamisten-Milieu» auf.»

Wie viele es sind, blieb jedoch an der Medienkonferenz in Bern unklar. Fedpol-Direktor Jean-Luc Vez

wollte oder konnte keine Zahl nennen. Weiter heisst es im Fedpol-Bericht: «Die Schweiz dient den Islamisten aber auch als Ausweichraum. Es gebe auch Hinweise darauf, dass Islamisten ihre Anhänger gezielt in der Schweiz zu konzentrieren versuchen.»

Und schliesslich weiter im Bericht: «Diese Entwicklung birgt ein beträchtliches Gefahrenpotenzial, weil auch logistisch tätige Islamisten innert kürzester Zeit Gewaltakte planen und ausführen können.»

## Radioaktive Kontaminationen in Afghanistan und im Irak

Die US-amerikanischen Truppen verwenden bei ihren Kriegeinsätzen im Irak und in Afghanistan Munitie, die Natururan und angereichertes Uran enthält. Dadurch wird das Erdreich der betroffenen Länder, aber auch Personen – Soldaten wie Zivilisten! – durch radioaktive Substanzen, auch sogenannte Transura-

ne, verseucht. Im Rahmen der NATO-Intervention in Kosovo und Serbien wurde diese Munitie ebenfalls eingesetzt.

Diese Kontaminationen führen später zu ernsthaften gesundheitlichen Problemen! Unter anderem erhöhen sie das Krebsrisiko, insbesondere der Schilddrüse.



# Die 1.-August-Feier in Matten/BE der Schweizer Demokraten in der Rückschau



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat

**Der Ort** – die Trinkhalle am kleinen Rügen in Matten/Interlaken war gut gewählt!

**Der Rundblick** – auf das Jungfrau-Massiv und die vorgelagerten Berge und Hügel war einzigartig beeindruckend!

**Das Wetter** – zeigte sich von seiner besten Seite!

**Die Festgemeinde** – war eine erfreuliche Mischung von Jungen und Alten, von Männern und Frauen!

**Das Programm** – war unterhaltend und anregend, eine glückliche Mischung von Festfreude und Besinnlichkeit!

Kurz – diese 1.-August-Feier wurde den Erwartungen aller Anwesenden gerecht und der Appell von Parteipräsident Nationalrat Bernhard Hess stiess auf offene Ohren, wenn er ausrief:

**«Aufgabe des Nationalfeiertages ist es**

- das gemeinsame Staatsbewusstsein zu stärken;
- sich der vorhandenen Probleme bewusst zu werden, und
- den Willen zu deren Lösung zu stärken!

Ein weiteres Element – sich gemeinsam zu freuen,

– über das was wir haben – unsere wunderschöne Heimat,

– und das was wir sind – eine Willensnation aus vier Kulturen, in der die Werte von Anstand und Treue, von gegenseitigem Respekt und Ehrlichkeit von der überwiegenden Mehrheit hochgehalten werden,

wurde durch verschiedene Programm-Elemente in angenehmer Weise zum Ausdruck gebracht.

**Sympathische Gäste** bereicherten die Feier. So vor allem der Vertreter des Gemeinderates von Matten, der über das geschichtsträchtige Gebiet der Jungfrau-Region in anschaulicher Weise referierte und die Schönheiten des schweizerischen Alpenraumes beschwor.

Martin Frischknecht, der Präsident

der Gesundheitspartei, vermittelte einen guten Einblick in die Anliegen der schon fast revolutionären Partei. Stellt sie doch als Parteiprogramm das ganze aktuelle Krankenwesen in Frage, indem sie die psychischen Komponenten der Gesundheit in den Vordergrund stellt. Wie wichtig diese Anliegen der mit den Schweizer Demokraten verbündeten Gruppierung sind, geht aus der Übereinstimmung ihrer Anliegen mit der programmatisch festgelegten Gesundheits- und Drogenpolitik der SD hervor.

(Es ist an dieser Stelle auf Ziff III/5 des «Politischen Programms für die Legislaturperiode 2003–2007» zu verweisen.)



Engagierte 1.-August-Rede von Bernhard Hess

Mit der Grussbotschaft des Präsidenten der Männer-Partei kam ein Thema zum Ausdruck, das politisch bis heute kaum thematisiert wird. Nämlich der Versuch, die Interessen und Aufgaben von Mann und Frau gesellschaftspolitisch wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Der Pendelausschlag zu Gunsten der Emanzipation der Frau hat in mancher Beziehung zu Zuständen geführt, die nach Korrekturen rufen. Gut, wenn sich eine politische Gruppe dieser Fragen annimmt, bevor das Pendel unkontrolliert in die Gegenrichtung ausschlägt.

Der Berner Vizepräsident der Freiheitspartei nutzte die Gelegenheit ausgiebig, um das Programm seiner Partei zu erläutern.



Der Präsident der Schweizer Demokraten, Nationalrat Bernhard Hess, stellte seine 1.-August-Rede unter das Motto: **«Schweizer Demokraten – echt patriotisch!»**

Einleitend wies er zu Recht darauf hin, dass der Nationalfeiertag durch eine Volksinitiative der SD erkämpft wurde. Noch vor wenigen Jahren begnügte sich die offizielle Schweiz mit Abendveranstaltungen zur Feier unseres Nationalen Geburtstages.

**«Wir Schweizer Demokraten setzen uns für die Schweiz ein, weil wir unsere Heimat lieben und sie auch für künftige Generationen lebenswert erhalten wollen!»**



Schweizer Demokraten zu laufen beginnt.

Mit Blick auf die EU-Turbos war sein Schlussappell zu verstehen:

**«Wir wollen freie Schweizer in einer freien Heimat bleiben. Kämpfen wir dafür mit Mut, Zuversicht und Selbstbewusstsein als echte Patrioten!»**

rief Hess aus und erntete dafür lebhaften Applaus der weit über Zweihundert anwesenden Schweizerinnen und Schweizer.

Hess gab dann einen Überblick über die brennenden Probleme der aktuellen, politischen Situation. Er sprach

– von der unseligen Bauwut, der unser rarer Schweizer Boden immer ungehemmter geopfert werden soll;

– vom mangelnden Umweltbewusstsein, das letztlich die noch immer geltende Einwanderungspolitik mit der unerträglichen, künstlichen Bevölkerungszunahme mitverschuldet;

– von der Verwilderung der Sitten, der steigenden Kriminalität und der gefährlichen Entwicklung von Parallel-Gesellschaften durch nicht integrierbare Einwanderer;

– von den dringend notwendigen Anstrengungen, den unwürdigen Antirassismus-Artikel (das Maulkorb-Gesetz) aus unserer Verfassung zu entfernen.

Mit Befriedigung konnte er darauf verweisen, dass ab dem 7. August die Unterschriftensammlung für die bezügliche Initiative der

Der Kommentator möchte zum Geschilderten nur eine negative Bemerkung anfügen und trotzdem mit einem Dank schliessen:

«Schade, dass die Trinkhalle am Rügen nicht viel zu klein war für den Besucherstrom und herzlichen Dank der organisierenden Sektion Berner Oberland für die würdige Feier!»



## Der Geissbock und die SVP

Der Geissbock als Maskottchen passt wirklich gut zur SVP: Laut meckern, viel Mist produzieren und kopflos mit den Hörnern voran drauflos, bis es kracht – ohne Rücksicht auf Verluste.

Dragan Najman, Baden

## Wieder alarmierende Asylzahlen!

Das Bundesamt für Migration (BfM) hat die Statistik über Asylgesuche von Januar bis Juni 2007 veröffentlicht. Hier einige bemerkenswerte Angaben:

- Die Zahl der Asylgesuche ist im ersten Halbjahr 2007 gegenüber dem ersten Halbjahr 2006 markant gestiegen, nämlich um 12,5 Prozent. Total ersuchten in diesem Zeitraum 5372 Personen Asyl in der Schweiz. Das Wort «ersuchten» ist allerdings nicht korrekt; genauer müsste es wohl heissen «forderten», denn bei der laschen Asylpolitik der Schweiz (trotz etwas Verschärfung durch BR Blocher) gilt die Schweiz unter Asylfordernden vor allem aus Afrika immer noch als Asyl-Schlaraffenland.

- Am stärksten nahmen die Asylforderungen von Roma aus Rumänien zu, nämlich von 18 auf sage und schreibe 525. Das BfM schreibt hierzu: Die meisten Roma seien bereits wieder in ihre Heimat zurückgereist. (wers glaubt, zahlt einen Taler!). Bemerkenswert ist, dass die Zahl der asylfordernden Roma am Sinken ist, seit der Bundesrat Anfang Mai 2007 die Rückkehrhilfe für Asylfordernde aus Europa gestrichen hat. Wieder einmal ein schlagender Beweis, dass sehr viele Asylfordernde nur in die Schweiz kommen, um Rückkehrhilfe zu kassieren.

*Wann merken es unser Bundesrat und die «staatstragenden» Parteien endlich, dass die meisten Asylfordernden keinesfalls an Leib und Leben verfolgt sind, sondern lediglich unsere dummen Behörden abzocken wollen.*

Aber was kümmert das dieselben: Die Kosten zahlen ja nicht sie selber, sondern die Steuerzahler.

- Geradezu alarmierend ist aber die explosionsartige Zunahme der Asylgesuche aus Eritrea. Während es im ersten Halbjahr 2006 «nur» 116 Gesuche waren, waren es 2007 832 Gesuche (in Worten achthun-



*Die massive Bevölkerungszunahme und der Geburtenüberschuss in Afrika führt zu Flüchtlingsströmen, die auch Europa bedrohen.*

dertzweiunddreissig!) Diese rapide Zunahme ist auf ein letztjähriges Urteil unserer berüchtigten Asylrekurskommission zurückzuführen, wonach Deserteure und Zivildienstverweigerer aus Eritrea in der Regel in der Schweiz Asyl erhalten sollen. Hoffentlich wird diese «Schweizerhasser-Kommission» endlich aufgelöst und ins Pfefferland geschickt.

- Im ersten Halbjahr 2007 wurden 823 Personen Asyl gewährt und wurden sage und schreibe weitere 1400 (in Worten tausendvierhundert) vorläufig aufgenommen. Wir wissen bereits zum Überduss, dass sogenannte «vorläufige Aufnahme» nichts anderes bedeutet, als dass diese Leute für immer im Schlaraffenland Schweiz bleiben dürfen, bis sie nach 12 Jahren (bei Kindern bereits nach 6 Jahren) eingebürgert werden.

**Und das dicke Ende!** Im ersten Halbjahr 2007 reisten über 3000 (in Worten dreitausend) abgewiesene Asylfordernde per Flugzeug aus! Diese Flugkosten (wohl in der 1. Klasse) müssen mit Sicherheit ebenfalls wir Steuerzahler berapen.

*Dragan Najman, Baden*

## Ausverkauf der Heimat auf Vorrat

In den CVP-Stammländern wie Wallis, Tessin und Graubünden gibt es Touristenorte, wo die Kontingente für Verkäufe von Liegenschaften an Personen im Ausland der kommenden acht Jahre ausverkauft sind. Da wird der Vorschlag des Bundesrates auf völlige Freigabe natürlich bejubelt!

Aber auch die Klagen über «kalte Betten» werden immer lauter; Orte wirken ausgestorben, ja sogar unheimlich und eher abstossend. Die leeren, oft ungepflegten Häuser und Gärten sind reine Kapitalanlagen von Eignern, die im Ausland leben und dort auch ihr Einkommen versteuern. Unsere Gemeinden erhalten also kaum Einnahmen, um etwa die Beleuchtung, das Pfaden, die Abfuhr oder das Abwasser zu bezahlen. Die wenigen, ständig im Orte Lebenden müssen also immer tiefer in die Tasche greifen, um all die Aufgaben der Gemeinde bezahlen zu können. Unternehmer und Gewerbler wechseln in kleinere und weniger «überschwemmte» Orte; sie haben genug davon, für Nutzniesser und Anleger sicher auch von fragwürdigen Geldern «bluten» zu müssen. Direkte Anstösser von solchen Wohnungen und Liegenschaften klagen – auch über ungepflegte Gärten und rostiges Trinkwasser.

Jahrzehntelang haben wir Schweizer Demokraten (vormals Nationale Aktion / NRA) gegen diese Machenschaften angekämpft.

Mehrmals haben wir Referenden ergriffen und das Volk hat uns bestätigt. Dann haben schlaue, profitsüchtige National- und Ständeräte beschlossen, die Sache zu kantonalisieren. Gegen das Ansinnen der Thurgauer Regierung haben wir dann Anfang 2004 das kantonale Referendum ergriffen. Im Abstimmungskampf vor dem 16. Mai 2004 haben alle Thurgauer Parteien für den Ausverkauf des Heimatbodens geworben, an keine Parolenfassung waren wir eingeladen. Viele Medien haben einseitig «informiert», allen voran Radio und TV DRS. Der Regierungsrat hat dem JA-Komitee sogar 7000 Franken Steuergeld für Abstimmungswerbung «gestiftet» – Unterschriftensammlung und Abstimmungskampf haben wir als Idealisten getragen, viele im Thurgau haben uns mit kleinen Spenden geholfen. Am 16. Mai 2004 sagten 58 Prozent NEIN zu diesem kantonalen Ansinnen! Was kann es für Schweizer Demokraten Schöneres geben, als die Anerkennung durch das Volk und gegen alle Parteien! Aber jetzt haben offensichtlich Profiteure und Spekulanten wieder Oberwasser. Unser über 30-jähriger Grundsatz, «jede Sekunde wird ein Quadratmeter zu Beton» ist aber immer noch hoch aktuell. Das Referendum ist heute schon beschlossene Sache, das ist ganz sicher!

*SD Thurgau,  
Kantonale Parteileitung*

## Wacht die FDP endlich auf?

### Oder ist es nur ein billiger Wahlgag?

Die FDP des Kantons Zürich will angeblich Ausländer, die sich nicht an die hier gültigen Regeln halten, stärker an die Kandare nehmen. Wenigstens verlangt sie das mit ihrem «Integrationsgesetz», das sie in Form einer parlamentarischen Initiative im Zürcher Kantonsrat eingereicht hat. In diesem Integrationsgesetz verlangt die FOP u.a.: «Immigrantinnen und Immigranten müssen den Willen haben, sich in die Gesellschaft hierzulande zu integrieren, sich an die hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse und Lebensbedingungen zu halten und sich die notwendigen Sprachkenntnisse anzueignen». An eine Aufenthaltsbewilligung sollen Bedingungen geknüpft werden, zum Beispiel, dass sie von der Absolvierung eines Sprachkur-

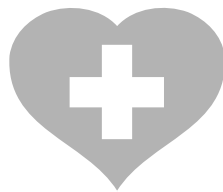
ses abhängig gemacht wird. Ausserdem soll für den Familiennachzug die Unterzeichnung einer Integrationsvereinbarung verlangt werden. Werde diese Vereinbarung nicht eingehalten, sollen verschiedene Sanktionen vorgesehen werden, die von Verwarnung über Busen bis zur Wegweisung gehen sollen.

Da kann man nur sagen: Ha, ha. Das Ganze sieht ganz gewaltig nach billigster Wahlpropaganda für die kommenden National- und Ständeratswahlen aus. Wollen wir wetten, dass nach den Wahlen 2007 von diesem «Integrationsgesetz» nichts mehr zu hören sein wird? Ausserdem sieht das Ganze wie aus Forderungen kopiert, welche die NA und die SD bereits seit Jahrzehnten erheben.

# RETTET DEN SCHWEIZER BODEN!

**Die letzten Schutzbarrieren fallen:  
Hemmungslos wird unser Heimatboden überbaut!**





## Bernhard Hess au Conseil national



**Bernhard Hess**  
**courageux. indépendant.**  
**expérimenté.**

**Bernhard Hess**, né en 1966, Conseiller national, rédacteur, président des DS, est courageux, indé-

pendant et expérimenté sur le plan politique. Il est un patriote et un politicien national-conservateur à la fibre écologiste et sociale. Depuis huit ans, il s'engage avec conviction au Conseil national pour défendre les intérêts des Suisses et des Suissesses.

**Bernhard Hess** veut que la Suisse reste un pays libre et indépendant, et qu'elle conserve sa démocratie directe. Il s'oppose de toutes ses forces à l'adhésion de la Suisse à l'UE et à la politique internationaliste de la Berne fédérale qui souhaite faire entrer notre pays dans l'UE et l'OTAN. L'année dernière, il s'est battu en première ligne dans le cadre de deux référendums contre la libre circulation des personnes originaires des nouveaux pays membres de l'UE et contre le versement d'un milliard de francs au Fonds de cohésion de l'UE.

**Bernhard Hess** combat l'immigration de masse incontrôlée et l'arri-

vée dans notre pays d'étrangers de plus en plus difficiles à intégrer, issus de cultures lointaines. Dans le cadre de son travail au Conseil national, il a contribué à une sévérité accrue de la législation sur l'asile et sur les étrangers grâce à de nombreuses interventions parlementaires. Il ne tolère ni les cas d'abus dans le droit d'asile ni l'apparition de sociétés parallèles et la construction de minarets.

**Bernhard Hess** s'engage en faveur de la sécurité et de l'ordre, car il veut que nos enfants, nos femmes et nos hommes puissent vivre en sûreté dans notre pays. Il ne faut plus minimiser la criminalité juvénile et étrangère, mais au contraire la combattre avec toute la rigueur de la loi. Quiconque ne respecte pas nos lois et ne veut pas s'intégrer n'a pas sa place dans ce pays et doit le quitter.

**Bernhard Hess** s'engage pour une politique axée sur les besoins des

Suisses et des Suissesses. C'est pourquoi la lutte contre la réduction rampante des prestations sociales et le dumping salarial, mais aussi la protection de l'environnement, de la nature et des animaux lui tiennent à cœur – autant de domaines dans lesquels il a contribué à améliorer les choses grâce à ses interventions parlementaires. Il lutte avec vigueur contre l'abrogation de la «Lex Koller» – abrogation qui entraînerait le bradage de notre sol national à des étrangers et des investisseurs internationaux.

C'est précisément pour ces raisons que Bernhard Hess, un patriote à la fibre sociale et écologiste, doit rester au Conseil national. Il dénonce les abus et les combat de manière conséquente.

Réélisez Bernhard Hess, candidat n° 17.01.9, au Conseil national avec la liste 17.  
[www.bernhard-hess.ch](http://www.bernhard-hess.ch)

## Territoire et pluralisme

En politique, le phénomène de la territorialité – c'est-à-dire de la défense d'un territoire contre les «étrangers», contre les «autres» – est généralement associé au nationalisme, aujourd'hui réprouvé dans notre société. Il serait cependant trompeur d'assimiler la territorialité au nationalisme: des comportements territoriaux peuvent aussi être observés dans d'autres contextes.

Dans son ouvrage «Die Biologie des menschlichen Verhaltens» [1], Irenäus Eibl-Eibesfeldt explique que la territorialité est certainement un phénomène universel et qu'elle repose sur un ancien héritage primate: «La plupart des vertébrés supérieurs (oiseaux, mammifères, reptiles) ont un comportement territorial. Ils occupent – seuls, en couple ou en groupe fermé – certains espaces que l'on nomme territoires, et les protègent au besoin contre des intrus. [...] Les hommes tendent aussi, dans le monde entier, à prendre possession de terres et à se démarquer d'autrui à différents niveaux: en tant

que groupe envers d'autres groupes, à l'intérieur du groupe en tant que famille ou clan envers d'autres familles ou clans, et en tant qu'individu à l'intérieur de la famille.» Eibl-Eibesfeldt ajoute: «En tant qu'hommes, nous peinons à imaginer une existence sans revendication de droits fonciers, c'est-à-dire sans territorialité.»

L'universalité de la territorialité est démontrée paradoxalement par le comportement de personnes qui se déclarent anti-nationalistes et réclament la suppression des frontières et la libre circulation des personnes. Les autonomes de gauche constituent un exemple parmi d'autres. Ils ont beau condamner officiellement toute forme de discrimination (sexisme, racisme, etc.) et d'exclusion, ils interdisent pourtant l'accès de leurs territoires à ceux qui diffèrent par leurs idées ou leur apparence: en 2003, des policiers et des soldats ont ainsi été victimes à plusieurs reprises de jets de bouteilles à proximité du bastion autonome de la Reithalle de Berne. Cet exemple

montre qu'anti-national n'est pas synonyme d'anti-territorial.

On entend par nationalisme la revendication d'un territoire par un peuple et, partant, le souhait d'homogénéité ethnique. Une telle revendication est aujourd'hui dénoncée comme xénophobe ou raciste. Le souhait d'homogénéité est pourtant aussi présent chez les xénophiles et les antiracistes: ils condamnent l'homogénéité ethnique, mais visent pour leur part l'homogénéité politico-morale et réprouvent les opinions déviantes. Le tir de barrage auxquels sont usuellement soumis les partis nationalistes le prouve. Lorsqu'un parti nationaliste parvient tout de même à entrer dans un parlement ou dans un gouvernement, on attend sa défaite aux prochaines élections, voire on y œuvre.

On l'oublie trop facilement: il n'y a en principe de place que pour un seul système social sur un territoire. Lorsqu'un second système, reposant sur d'autres postulats, tente de s'y établir, le conflit est généralement programmé. On peut rappeler ici les conséquences de la Réforme en Europe occidentale et centrale: alors que ces régi-

ons étaient encore catholiques avant la Réforme, l'Eglise vit dans la propagation de la foi réformée l'apparition d'un corps étranger au sein de la chrétienté, corps étranger qu'il s'agissait d'éliminer. Il s'en suivit des conflits sanglants qui ont souvent été résolus par la reconstitution de territoires homogènes sur le plan religieux en vertu du principe *cuius regio, eius et religio* (les seigneurs décidaient eux-mêmes de la confession officielle sur leurs terres) [2].

Il en va de même dans les démocraties modernes: elles prêchent le pluralisme, mais il n'est pas permis de remettre en question leurs fondements (la croyance à l'égalité des hommes). Cette attitude est compréhensible: la survie de tout système social dépend du consentement et du conformisme de la majorité. Lorsque le système n'est plus suffisamment soutenu, il entre en déclin.

On peut à ce titre se demander si nos sociétés occidentales, de plus en plus hétérogènes sur le plan ethnique, pourront survivre à long terme: la multiculturalisation

**Territoire et pluralisme***Suite de page 13.*

pourrait en effet nous revenir en pleine figure comme un boomerang. Même des chercheurs favorables à l'immigration de masse admettent que celle-ci a de forts effets négatifs. En 2006, le sociologue Robert D. Putnam a par exemple présenté les résultats d'une étude sur les effets de l'hétérogénéité ethnique sur le capital social aux Etats-Unis: plus le degré d'hétérogénéité est élevé, moins la confiance entre les hommes et la cohésion sont fortes. Putnam avait bouclé son étude dès 2001, mais avait été tellement effrayé par les résultats qu'il a décidé d'en repousser la publication de cinq ans afin de disposer de suffisamment de temps pour formuler des arguments positifs en faveur de l'immigration [3]. Il avance aujourd'hui

que si l'immigration a des effets négatifs à court et moyen terme, elle n'en reste pas moins payante à long terme. On peut se demander si Putnam inclut, dans son calcul, la baisse de natalité des peuples indigènes et leur remplacement progressif par les immigrés et leurs descendants. Compte tenu du fait que la population de divers pays (dont la Suisse) ne croît plus que grâce à l'immigration, la question de la survie des peuples indigènes et de leurs valeurs culturelles (au rang desquelles figure la démocratie) se posera de manière aiguë dans quelques décennies. Il est attristant de voir que des protecteurs de la nature et de la biodiversité, tels que les écologistes, s'indignent volontiers de la disparition d'espèces vivantes et du danger que représentent les organismes exotiques envahissants pour la flore et la faune indigènes, mais qu'ils sont étonnamment silencieux lorsqu'il

s'agit d'assurer l'existence de leur propre peuple.

Mais revenons au sujet initial... Comme les systèmes sociaux tendent à l'homogénéité et considèrent leur territoire comme indivisible, il faut se demander quels systèmes – nationaux, c'est-à-dire limités dans l'espace, ou au contraire globaux, universels – contribuent le plus à la protection du pluralisme. L'universalisme a beau être aujourd'hui synonyme du Bien, il n'est pas exempt de risques: «Dès qu'une doctrine ou une culture se croit porteuse d'un message «universel», elle manifeste une invincible propension à travestir comme telles ses valeurs particulières. Elle disqualifie alors les valeurs des autres, qu'elle perçoit comme trompeuses, irrationnelles, imparfaites ou tout simplement dépassées. Avec la meilleure des bonnes consciences, puisqu'elle est convaincue de parler au nom du

vrai, elle professe l'intolérance» [4]. A la différence d'un système global, une multitude de systèmes limités dans l'espace semble donc garantir un plus grand pluralisme à l'échelle mondiale.

[1] Irenäus Eibl-Eibesfeldt, *Die Biologie des menschlichen Verhaltens*, Seehamer Verlag, Weyarn, 1997, p. 455 et 469.

[2] Marcel Senn, Lukas Gschwend, René Pahud de Mortanges, *Rechtsgeschichte aus kulturgeschichtlicher Sicht*, Schulthess, Zurich, 2006, S. 176.

[3] Steve Sailer, «Fragmented future. Multiculturalism doesn't make vibrant communities but defensive ones», in: *The American Conservative*, 15 janvier 2007, p. 7–11.

[4] Alain de Benoist, *Au-delà des droits de l'homme. Pour défendre les libertés*, Krisis, Paris, 2004, p. 84.

*Jan Mahnert, Berne, est un auteur indépendant*

## Il est moins cinq, il faut choisir

Chaque parti s'ingénie à présenter ses programmes plus compliqués et brumeux les uns que les autres, avançant des arguments qui obligent ses membres à promettre plus qu'ils ne peuvent pourvu d'occuper le devant de la scène médiatique, même si celle-ci est truffée de croc-en-jambes. L'UDC se distingue par une nouvelle tactique pas bête du tout. C'est tout simple, il faut choisir le bon côté de la route pour survivre décemment. Les Démocrates Suisses procédaient de la même façon lorsqu'ils s'appelaient encore l'Action Nationale. Nous avons de tout temps demandé aux électeurs de faire un choix lors des votations, choix basé sur des idées réalisables et protectrices de nos valeurs, pour éviter les aléas tragiques et irréversibles qui ont surgi si souvent tout au long de l'Histoire partout dans le monde. L'être humain n'a qu'une vie et il se doit de la protéger face aux difficultés de toutes sortes qui l'attendent sur sa route. Or que voyons-nous aujourd'hui? Une peur diffuse qui s'installe dans nos rues, nos maisons et nos moyens de transport. Que dis-je, une peur... plusieurs peurs. Celle de rester en bonne santé lorsque nous mangeons des produits prêts emballés, ou des remèdes n'ayant pas toujours fait leur preuve. Peur de perdre son emploi à cause d'une concurrence étrangère effrénée, peur d'être attaqué devant un bancomat ou au sortir de sa banque,


peur d'être renversé par une voiture, un skieur ou un trolleybus, peur pour les filles d'être violées par un ou plusieurs mâles en mal de sensations fortes. Il y a les enfants et leurs parents qui ont peur du sadique-kidnappeur pédophile. Ajoutons la peur des amendes qui tombent du ciel comme des flocons, peur de payer des factures pour du travail bâclé, peur des hurlements du voisin éméché ou de ses enfants drogués, peur de vieillir, de grossir, de rater ses examens ou d'être estropié, peur de l'amour et enfin peur de vivre.

Alors il faut bien choisir les édiles qui devront nous protéger et nous faciliter cette vie puisqu'ils se bousculent au portillon du pouvoir. Trop d'entre eux pensent aux rémunérations et autres prébendes, et peu au sacrifice politico-citoyen demandant un oubli de soi. Questions donc à poser ou se poser: voulons-nous une sécurité accrue et les malfrats exilés sur une île déserte ou simplement renvoyés chez eux s'ils viennent d'ailleurs? Il faut protéger fortement notre monnaie, nos banques, nos industries et nos maisons? Quelles mesures vont être prises pour que nous restions libres de penser et de parler, de refuser les OGM, les batailles boursières, les achats mafieux de nos industries, l'empoisonnement de notre santé par trop de chimie, les importations douteuses, le népotisme et surtout le mobbing.

Or nous avons beaucoup de partis bêlants qui se lamentent sur des conditions défavorables secondaires, qui utilisent leur force de persuasion pour dénigrer les voisins, qui subventionnent les faux prophètes et les excentriques n'apportant aucune amélioration de vie sérieuse, qui planifient des achats ou des constructions parfaitement superfétatoires ou qui engagent du personnel incompetent scotché à vie dans un bureau officiel. Un proverbe dit que les belles promesses rendent les fous joyeux, alors évitons d'être ces fous-là. Refusons les baillis européens, les mafias étrangères qui s'infiltrèrent de plus en plus en achetant nos champs, nos hôtels, nos cliniques et nos montagnes, disons non aux sirènes financières, aux bourses, aux casinos, aux illusoires bonnes affaires extérieures, et nettoyons au karcher les déchets même s'ils sont humains, protégeons notre libre arbitre et nos prérogatives nationales, notre drapeau et nos frontières, nos rivières et nos forêts, nos lacs et notre patrimoine.

Il est moins cinq, votez intelligemment, car demain il sera trop tard pour dire «Si j'avais su!» Chacun a une tête pour penser, un cœur pour savoir qui et comment aimer ses proches et ses vrais amis et une plume pour confirmer ses décisions. Tout le monde a une plume, mais beaucoup ne possèdent pas encore d'ordinateurs ou de gadgets virtuels. Nous comptons sur ces gens-là pour prendre des décisions intelligentes!

*Mary Meissner*



## DS

### Démocrates Suisses

**Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,**

### ABONNEZ-VOUS

Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.–)

Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: \_\_\_\_\_

Prénom: \_\_\_\_\_

Profession: \_\_\_\_\_

Date de naissance: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Signature: \_\_\_\_\_

Téléphone: \_\_\_\_\_

Envoyer à:  
Démocrates Suisses,  
Case postale 8116, 3001 Berne

---

**Organe officiel des Démocrates Suisses** DS

---

**Secrétariat central:**  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 974 20 10  
Fax 031 974 20 11  
sd-ds@bluewin.ch  
www.schweizer-demokraten.ch



## Adrian Wyss au Conseil des Etats



**Adrian Wyss dynamique, engagé, proche du peuple.**

**Adrian Wyss**, né en 1979, marié, propriétaire de la menuiserie Wyss à Berthoud, est une personnalité dynamique, proche du peuple et intègre. Il est actif, engagé et connaît le succès en tant que jeune entrepreneur et jeune politicien. Depuis trois ans, il est le président de la section DS de la région Emmental/Haute-Argovie et est premier suppléant pour le Grand Conseil bernois.

**Adrian Wyss** souhaite que la Suisse reste une «Willensnation» libre et indépendante: la liberté, l'indépendance et la démocratie directe ne devraient jamais être sacrifiées pour une adhésion à l'UE centralisatrice, bureaucratique et non dé-

mocratique. Il est le seul candidat bernois au Conseil des Etats à rejeter résolument l'adhésion à l'UE. **Adrian Wyss** regrette que moins d'enfants naissent en Suisse. Il souhaite soutenir les familles suisses au moyen d'allègements fiscaux et d'allocations pour enfants plus élevées au lieu de faire venir davantage d'étrangers dans notre pays.

**Adrian Wyss** s'oppose avec vigueur au bétonnage des dernières réserves de terres de Suisse. Il veut empêcher le bradage du sol national à de riches étrangers et soutient pour cette raison activement le référendum des DS contre l'abrogation de la «Lex Koller».

C'est pourquoi **Adrian Wyss**, un jeune politicien entreprenant et dynamique, est le bon choix pour le Conseil des Etats. **Adrian Wyss** dit ce que pensent les vrais Suisses et Suissesses.

**Elisez Adrian Wyss, candidat n° 17.04.3, au Conseil des Etats ainsi qu'au Conseil national avec la liste 17. [www.adrianwyss.ch](http://www.adrianwyss.ch)**

## Quelques réflexions à partager

### Incendies de forêts

N'est-il pas étrange qu'aucun éditorialiste n'invoque en parlant des énormes incendies qui éclatent dans mille endroits à la fois, actuellement tant au Portugal qu'en Grèce et ne soulèvent l'éventualité d'une attaque terroriste d'un nouveau genre contre l'Occident? Ce système est plus simple, plus anonyme, meilleur marché et moins dangereux pour les incendiaires qu'une ceinture d'explosifs autour du ventre, difficilement indétectable?

### Bible ou Coran

Je lis que les prisonniers dans la bande de Gaza, surtout ceux arrêtés avant l'arrivée du Hamas, peuvent racheter leur liberté en étudiant le Coran. D'après les autorités actuelles, c'est le meilleur moyen de régénérer les délinquants, de les occuper et de leur donner un espoir positif pour repartir dans la vie civile. Donc, s'ils prouvent devant un ulema qu'ils connaissent par cœur une dizaine de sourates, c'est la porte qui s'ouvre devant eux. La route vers la sortie est longue, car après chaque examen réussi de quelques sourates avant le maximum exigé, cela permet aux prisonniers d'alléger

leur quotidien. Pourquoi ne pourrait-on pas appliquer un tel procédé dans nos prisons surpeuplées en obligeant les malfrats à apprendre par cœur les versets de la Bible? Il paraît qu'en plus, il y a une amélioration définitive du comportement.

### Assassinat des oiseaux

Judith Weber a écrit dans plusieurs journaux suisses, une lettre dénonçant les tragiques ravages provoqués par les feux d'artifice dans les environs de Clarens. Je confirme ses dires soulignant leur disparition à cause du bruit infernal produit par ces nouveaux gadgets, car aux fêtes de Genève, il s'est avéré que plusieurs oiseaux sont morts de peur à cause de ces bombardements rappelant la guerre et ses tragiques conséquences. Qu'ont donc certains hommes avides d'argent, d'inventer de telles horreurs dérangeant non seulement la faune, mais le calme dont jouissent les habitants de ces quartiers méchamment agressés! Est-ce obligatoire d'inclure des pétards si puissants dans la beauté des étoiles et pluies merveilleusement colorées qui de plus détrangent l'accompagnement musical? Il y aurait lieu d'envoyer ces inventeurs chez un psychiatre.

## Politique israélienne

J'évite autant que faire se peut de critiquer Israël de peur de me faire traiter de raciste ou d'antisémite. Mais cette fois, le bouchon est poussé trop loin par la politique mondialiste autour du globe. Les Palestiniens n'ont aucune chance de s'en sortir et leur destin est déjà décidé par leurs étranges voisins. Pour les priver de tout travail rémunéré, Israël engage à tour de bras 50% de Chinois, de Thaïlandais, de Philippins, 45% d'Européens de l'Est et le reste d'Afrique et d'Amérique latine. Ainsi ce sont 120 000 Palestiniens sans travail et une activité très lucrative pour les recruteurs israéliens qui demandent aux Chinois 6 à 10 000 dollars pour venir en Israël. Ces sommes sont réparties entre le gouvernement d'Israël, les agences chinoises et les employeurs. En somme il



s'agit d'une arnaque planifiée où seuls les profiteurs s'enrichissent. Nous vivons une drôle d'époque que la Suisse s'empresse de suivre en ouvrant ses frontières aux travailleurs venant de toute l'Europe et souvent d'Inde qui fait partie du 3e cercle. Elle y ajoute les frontières destabilisant dans une certaine mesure notre économie aujourd'hui, et la ruine demain lorsque l'actuelle surchauffe disparaîtra. Elle pointe déjà son nez aux USA dans le secteur immobilier et bancaire.

*Octopus*

## Pour la liberté d'expression – non aux muselières!

Nous défendons la liberté d'expression contre les attaques des moralistes et des fondamentalistes religieux. La loi antiraciste – en réalité anti-suisse – doit être abrogée, car cette disposition légale qui réprime les opinions et les convictions peut toucher chacun de nous, aussi vous! Le comité «Pour la liberté d'expression – non aux muselières!» souhaite abroger la loi antiraciste au moyen de l'initiative populaire qu'il a lancée. Selon le complément constitutionnel proposé, la liberté d'expression est garantie dans tous les cas et ne peut être restreinte par aucune disposition

légale. La liberté d'expression, la liberté de réunion ou la liberté des médias sont des valeurs fondamentales que les Démocrates Suisses défendent avec conviction. C'est pourquoi ils demandent l'abrogation sans contre-partie de la loi antiraciste, afin que les citoyens et les citoyennes de notre pays démocratique n'aient plus à craindre d'être poursuivis pour avoir dit ce qu'ils pensaient.



## L'Homme en voie de disparition

Ce livre écrit par des chercheurs écologistes, neurologues et scientifiques universitaires comme Théo Colbom, Diane Dumanovski et John Peterson Myers, dans la collection de Terre vivante, est le reflet de mes propres déductions écrites dans ce journal il y a quelques mois. En effet, je suggérais que l'augmentation des homosexuels et la diminution des éléments mâles chez les poissons, provenait des résidus chimico-patogènes qui ne se dissolvaient pas dans l'eau. Or ce livre explique en détail pour arriver aux mêmes conclusions, que l'augmentation des cancers du sein, de l'utérus et de la prostate, est due effectivement à la pollution généralisée, qui de plus est une cause de stérilité humaine pratiquement irréversible. Mais le

pire, c'est qu'avant la disparition de la race humaine faute de reproduction, il y aura une dégradation généralisée de la santé, des malformations constatées déjà dans le bec de certains oiseaux, les nageoires de centaines de poissons, des acouphènes provoqués par des ondes acoustiques marines chez les grands cétacés qui viennent s'échouer sur nos plages et même chez de plus en plus d'humains indigos, sourds ou aveugles. Il serait peut-être temps de mettre un frein à la boulimie des industries chimiques qui, par des recherches aberrantes et dangereuses, sont en train de bousiller notre avenir, enclasant de surcroît les assassinats d'enfants dénoncés ces derniers temps.

*Maria de Seimners*

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch  
sd-ds@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**

*Bernhard Hess, Nationalrat,  
SD-Zentralpräsident, Bern (CR)*

*Rudolf Keller, Präsident  
SD Basel-Land, Frenkendorf*

*Dr. Jean-Jacques Hegg,  
Dübendorf (Leben und Umwelt)*

*Dr. Dragan J. Najman, Baden*

*Friedrich Auf der Maur, Volketswil*

# Am 21. Oktober gilt: Siegen oder untergehen!



*Aufruf des  
SD-Zentral-  
präsidenten  
Bernhard Hess*

Am 21. Oktober 2007 wählen wir ein neues Parlament und stellen somit die Weichen in der Politik für die kommenden Jahre neu. Mit dieser Wahl entscheiden wir über die Zukunft einer lebenswerten Schweiz, in der wir frei, in angemessenem Wohlstand und grösstmöglicher Sicherheit leben können. Wir bestimmen auch, ob die politischen Fehlentwicklungen der letzten Jahre korrigiert werden, die uns immer mehr Zuwanderung, mehr Überfremdung, mehr Asylrechtsmissbrauch, mehr Überbevölkerung, mehr Umweltverschmutzung, mehr Überbauungen und Verbetonierung der letzten Landreserven, mehr Kriminalität und mehr Gewalt gebracht haben. **Sie haben die Wahl!** Und Wahlen können bewegen. Wenn Sie wollen, dass dem in Heimatzerstö-

runge, Schuldenwirtschaft und Armut führenden politischen Kurs der Regierungsparteien entschieden entgegengetreten wird, die Werte und Traditionen unserer Kultur gewahrt bleiben und unsere Schweiz für uns auch in Zukunft noch Heimat bleibt, in der wir uns nicht fremd fühlen, dann ist mehr denn je entscheidend, dass mehr politisch kompetente, engagierte und profilierte Schweizer Demokraten mit Zivilcourage in den Nationalrat gewählt werden.

**Wir Schweizer Demokraten**, und vormalig die NA, haben stets eine Politik vertreten, die sich an den Interessen und Bedürfnissen der Schweizerinnen und Schweizer, wie auch an unseren Werten und Idealen orientiert. Wir blieben auch standhaft, wenn finanzielle Köder ausgelegt wurden. Im Gegensatz zur sonst sich heimatreu gebenden SVP wollen wir die so genannte «Lex Koller» nicht abschaffen und so dem schrankenlosen Ausverkauf des wertvollen Heimatbodens Vorschub leisten. Auch das Hereinholen von Zehntausenden, teilweise gut qualifizierten und willigen Ausländern aus Deutschland, Portugal – künftig auch aus den osteuropäi-

schen Staaten – ist für uns inakzeptabel, auch wenn es durchaus gute, tüchtige und vor allem billige Arbeitskräfte sind. Für uns gilt Heimatschutz vor Kapitalinteressen! **Es kann nicht genug unterstrichen werden, wie wichtig und richtungweisend für unser Land uns unsere Partei die bevorstehenden Nationalratswahlen vom 21. Oktober 2007 sind.** Gerade für unsere heimat-treue Bewegung geht es um alles. Sie können uns in folgenden Kantonen wählen:

**AG: SD-Liste 7**

**BE: SD-Liste 17,  
Ständerat: Adrian Wyss**

**BL: SD-Liste 9**

**BS: SD-Liste 9**

**SO: SD-Liste 10**

**SG: SD-Liste 1**

**TG: SD-Liste 14**

**VD: Liste DS 14**

**ZH: SD-Liste 27**

Um bei den Wahlen gegen die erdrückende Konkurrenz der Grossparteien nicht total unterzugehen, müssen wir auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Noch fehlen uns mindestens 50 000 Franken. Wir sind deshalb um jeden Spendenfranken äusserst dankbar.

**Stärken Sie die  
Schweizer Demokraten  
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement  
SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

Ich möchte Mitglied der  
Schweizer Demokraten (SD)  
werden!

Nur Zeitungsabonnement

Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern

E-Post: sd-ds@bluewin.ch

## SD gegen Ausverkauf der Heimat

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen mit grossem Missmut von den Plänen des Bundesrates Kenntnis, die Lex Koller vollständig aufzuheben und somit den Grundstückverkauf an Personen im Ausland völlig freizugeben. Mit dieser Aufhebung der Gesetzesbestimmungen missachtet die Landesregierung den deutlichen Volksentscheid vom 25. Juni 1995. Damals sind 53 Prozent der Stimmentenden dem SD-Referendum gegen die Lockerung der Lex Friedrich (gegen den «Ausverkauf der Heimat») gefolgt.

Bereits jetzt kündigen die Schweizer Demokraten (SD) schärfsten Widerstand gegen die Aufhebung der Lex Koller an. Niemals werden die SD auch nur einen Teilausverkauf der Heimat zulassen. Das SD-Referendum zum Schutz des Heimatbodens ist bereits beschlossene Sache.

*SD-Mediendienst, Bernhard Hess,  
NR und SD-Zentralpräsident*

## Für freie Meinungsäusserung – weg mit dem Maulkorb!

**Wir verteidigen die Meinungsäusserungsfreiheit gegen die Angriffe von Moralisten und religiösen Fundamentalisten. Das schweizerfeindliche Anti-Rassismugesetz gehört abgeschafft. Denn dieses Gesinnungsstrafrecht kann jeden treffen, auch Sie!**

Mit der neuen Volksinitiative will das Komitee «Für freie Meinungsäusserung – weg mit dem Maulkorb» das Anti-Rassismus-Gesetz (ARG) abschaffen. Die Meinungsäusserungsfreiheit soll, so der neue Zusatz in der Verfassung, in jedem Falle gewährleistet sein und darf durch keine gesetzlichen Be-

stimmungen eingeschränkt werden. Meinungsäusserungs-, Versammlungs- oder Medienfreiheit sind Grundwerte, für die sich die Schweizer Demokraten mit Überzeugung engagieren. Vor diesem Hintergrund steht die Rassismus-Strafnorm quer in der Landschaft. Damit die Bürgerinnen und Bürger in unserem demokratischen Land nicht mehr Angst haben müssen, wegen einer Meinungsäusserung verklagt zu werden, muss die Rassismus-Strafnorm ersatzlos gestrichen werden.

**Dieser Ausgabe liegt ein Unterschriftenbogen bei.**

## Schluss mit der Rassismuskeule!

\_\_\_\_\_ (Anzahl) Unterschriftenbogen \_\_\_deutsch \_\_\_französisch

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Strasse/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern,  
Fax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch